

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Pettzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer Freitag 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Vermögenssteuer in Sachsen.

* Leipzig, 29. Januar.

In der Denkschrift über die Weiterführung der Reform der direkten Steuern, die der Steuerreformvorlage der sächsischen Regierung vorausgeschickt ist, wird darauf hingewiesen, daß bei dem fortschreitenden Steigen der Staatsausgaben auch neue Einnahmequellen immer dringender geworden seien und daß deshalb auch in der Zweiten Kammer wiederholt in immer dringlicherer Weise die Forderung gestellt worden sei, die Reform der direkten Steuern in der Richtung einer gleichmäßigen Vorausbesteuerung des fundierten Einkommens, des Einkommens aus Besitz, weiterzuführen. Diesem wiederholten dringenden Verlangen hat schließlich die Regierung genügt durch die Vorlage vom 9. November 1897. Nach dem vorgelegten Reformplan sollte die Grundsteuer an die Schulgemeinden überwiesen werden und dafür die Schuldotations wegfallen; weiter sollte eine allgemeine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftsteuer ausgedehnt werden. Aber beide Kammern beschloßen, die Vermögenssteuer abzulehnen, auch die erweiterte Erbschaftsteuer fand keine Gnade. Damit war die auf das wiederholte Verlangen der Zweiten Kammer vorgeschlagene Besteuerung des fundierten Einkommens gescheitert. Nächsten Donnerstag beginnt in der Zweiten Kammer die Schlussberatung über die neue Vermögenssteuervorlage. Es ist deshalb nicht uninteressant, einen Blick auf die Verhandlungen der Zweiten Kammer vom 28. April 1898, in der die erste Vermögenssteuervorlage beraten wurde, zu werfen.

Die Agrarier wollten durchaus, daß die Landwirtschaft von der Vermögenssteuer verschont bleiben sollte. Sie machten zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung ein ganz besonderes Beispiel auf, indem sie behaupteten, daß die Landwirtschaft höchstens die Hälfte des landesüblichen Zinsfußes verdiene und außerdem seien 50 Prozent des landwirtschaftlichen Besitzes verschuldet. Und um den Notstand der Agrarier recht augenscheinlich werden zu lassen, behaupteten sie, daß die Rente, die das landwirtschaftliche Vermögen und die landwirtschaftlichen Grundstücke einbrächten, auf den — verschuldeten Teil zu rechnen, daß der unverschuldete Teil also völlig rentenlos sei. Der Abgeordnete Richter-Großschönau erklärte ganz offen, es sei das Prinzip des Gesetzes, das ihn vor den Kopf stoße. „Ich kann mir nicht helfen“, sagte er, „ich habe die Empfindung, daß wir uns mit demartigen Gesetzen dem demokratischen Zukunftsstaate um einige Pferdelängen nähern, daher auch das Wohlwollen und die Zufriedenheit der Herren hinter mir (der Sozial-

demokraten!) mit diesem Steuergesetzentwurfe . . . Ich habe also jedenfalls nicht so ganz unrecht, wenn ich behaupte, ein weiterer Schritt zum zukünftigen Kasernenstaate ist geschehen . . . Wenn Sie in Sachsen in der Lage sind, das Geld sich auf andere Weise verschaffen zu können, dann wehren Sie sich mit Hand und Fuß gegen diese Vermögenssteuer, die hundert Unannehmlichkeiten im Schoße birgt.“ Die Agrarier gebärdeten sich also als offene Feinde der Steuer auf das fundierte Einkommen. Nur keine Belastung der Besitzenden, so klang es aus allen ihren Reden heraus. In einer so geringfügigen Steuer, wie sie die Regierungsvorlage vorsah, sah man bereits einen Schritt auf dem Wege zu dem sozialistischen Zukunftsstaate, nämlich eine Konfiskation des Vermögens.

Aber nicht nur die Agrarier waren Gegner der Steuer, sondern auch ein großer Teil der Nationalliberalen. Der Abg. Böhmek, der kürzlich verstorben ist, äußerte sein Mißbehagen gegen den neuen Steuervorschlag, indem er ausführte, der Gedanke, daß man sein Vermögen darlegen solle, gehe einem so gegen den Strich und so gegen die Natur, daß er einem nie und nimmer gefallen könne. Die Vermögenssteuer wurde bekanntlich mit 51 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Die Regierung war über diese Haltung der Zweiten Kammer erklärlicherweise nicht erbaut. Minister v. Wagnendorff machte seinem Herzen in deutlichen Worten Luft. „Es ist mir ja ziemlich erklärlich“, sagte er, „daß es Ihrer Majorität jetzt, wo Sie die Vermögenssteuer abzulehnen im Begriffe stehen, nicht gerade bequem ist, so eine intellektuelle Miturheberschaft an der Vorlage zu haben, ich bedauere aber, sie Ihnen nicht abnehmen zu können. . . Die Regierung ist in der loyalsten Weise den Wünschen der Kammer entgegengekommen. Warum soll nun die Regierung diese Vorlage zurückziehen, wenn ein Meinungsunterschied eintritt in der Kammer, wenn diejenigen Herren dagegen sind, die früher dafür waren?“ Und als die Kammer gegen diese Darlegung der Sachlage murmelte, erklärte der Minister in einer Sprache, wie man sie in der Zweiten Kammer vom Ministerische aus seit Jahrzehnten nicht gehört hat: „Ich denke, ein Mann kann, ohne seiner Ehre zu nahe zu treten, seine Ansicht ändern, er kann eine andere Ueberzeugung gewinnen als die, die er früher gehabt hat, er kann sich belehren lassen, nach Umständen aus geänderten Verhältnissen u. c., und das selbe glaube ich, gilt auch von einer politischen Partei. Aber dann erwarte ich auch, daß man sich ehrlich zu dem Meinungswechsel bekennt und nicht den Versuch macht, einem Dritten etwas anzuhängen, was man selbst durch den Meinungswechsel herbeigeführt hat. Es gehört ein gewisser Mut dazu, der Mut der Ueberzeugung; den soll man aber haben. . .“

Ich bekomme den Eindruck, daß dieser Mut nicht überall vorhanden gewesen ist.“ So der Minister! Man kann sich denken, wie diese Worte wirkten. Der Abg. Mehnert konnte sich in seinem Horn nicht enthalten, seinen hofrätlichen Schwiegervater auf dem Präsidentenstuhle anzufahren, daß er eine derartige Kritik der Kammer ungestört und ungerügt passieren ließ. Dem Minister aber warf Herr Mehnert entgegen, daß eine derartige Sprache in der Kammer vom Ministerische aus noch nicht gehört worden sei. Paulsen Mehnert und seine reaktionären Freunde mochten sich wohl ob der Rede des Ministers getroffen fühlen, denn recht hatte er. Und wenn etwas auszusagen war an der Rede des Ministers, so war es der Umstand, daß sie nicht die ganze Wahrheit enthielt. Der Minister hätte hinzufügen können, daß die Mehrheit der Kammer gar nicht ihre Ansicht geändert habe, sondern daß sie seiner Zeit, als sie eine Besteuerung des fundierten Einkommens verlangte, vielleicht gar nicht daran gedacht hat, eine solche Steuer zu bewilligen, sondern daß sie nur wieder einmal in Worten die „tragfähigen Schultern“ belasten wollte, an die Ausführung eines solchen Planes aber im Ernste gar nicht gedacht habe. Freilich, so etwas durfte der Minister seinen konservativen Freunden nicht sagen. Die Meinung in bürgerlichen Kreisen war damals so allgemein gegen die Vermögenssteuer, daß selbst die königliche Leipziger Zeitung schreiben durfte: „Daß aber ein solches Verfahren in seinen Konsequenzen nur zur kräftigsten Ausbeutung der Vermögenden führen kann, bedarf keiner weiteren Darlegung.“ Und da sollte man glauben, daß die reaktionäre Mehrheit im Ernste die Besteuerung des fundierten Einkommens verlangt habe?

Welches wird nun das Schicksal der Vermögenssteuervorlage im gegenwärtigen Landtage sein? Die Finanzlage hat sich mittlerweile so außerordentlich verschlechtert, daß neue Steuerquellen geschaffen werden müssen. Die Deputation der Zweiten Kammer sagt in ihrem Bericht, daß die Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer nicht zu umgehen sein werde. Sie hat aber an der Regierungsvorlage eine Reihe Änderungen vorgenommen, von denen man nicht weiß, ob die Regierung ihnen zustimmen wird. Es ist deshalb charakteristisch, daß bereits ein bürgerliches Blatt die Meinung ausspricht, die Annahme der Vermögenssteuer sei noch nicht gesichert. Der wichtigste Faktor bei der Annahme der Vermögenssteuer ist aber die Erste Kammer. Von diesem „Parlament“ hat man bisher noch nicht gehört, wie es sich gegenwärtig zur Vermögenssteuer stellt. Daß die Herren in der Ersten Kammer ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur Vermögenssteuer aufgegeben haben sollten, ist nicht wohl anzunehmen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß vor einigen Tagen die konservative Fraktion des

Seuilleton.

Manuskript verlesen.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einsig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Bei Karen Thomsen war ein schneeweißes Tisch Tuch auf den Mahagonitisch in der Stube hinter dem Laden ausgebreitet; die Kaffeetassen waren aufgestellt, und im Mittelpunkt stand ein großer Kessel mit Kuchen. Von der Straße her erscholl Jahrmärktlärm. „Kommt denn Manuel nicht, Schwester Karen?“ fragte der Küster. Die Gäste hatten noch keine Gelegenheit gehabt, ihn zu begrüßen. „Ja—a!“ sagte Madam Thomsen, — „jezt wird er wohl bald fertig sein.“ Madam Thomsen war in der letzten Zeit so mager und scharf im Gesicht geworden. „Er läßt es sich sauer werden!“ sagte Jakob Henriksen. „Ja, er ist sehr eifrig!“ Wulfdine saß auf einem Stuhl am Fenster und guckte aus. Auf dem Fensterbrett vor ihr stand der Nähkasten, und von Zeit zu Zeit blies sie ein Staubkorn von einer der Nuscheln, blies und trocknete mit dem Taschentuch nach. „Da kommt Manuel!“ sagte sie und klappete zusammen. Die Ladenglocke klingelte. „Ich bin es!“ sagte eine Stimme. Und Thomsen trat in das Zimmer.

Er sah sich um, als erwache er. Dann ging er hin und drückte den Gästen die Hände. „Guten Tag, Onkel Jakob! Guten Tag, Wulfdine!“ Hätte Wulfdine eine leere Cementtonne gehabt, in die sie hätte hineintreiben können, sie würde es gethan haben. Es knackte und krachte in ihr vor Geniertheit. Manuel aber schien ihre Verwirrung nicht zu bemerken. „Nun, wie befindet man sich?“ fragte er. „Danke, Dine und mir geht es gut; wir beklagen uns nicht!“ „Kann ich den Kaffee einschenken, Manuel?“ „Giebt es Kaffee, Mutter Karen?“ Thomsen sandte seiner Mutter einen wütenden Blick zu. „Ja, ich dachte, weil —“ stammelte sie. „Ja, dann schenk nur ein!“ unterbrach Manuel sie. Karen schlich in die Küche hinaus. „Wulfdine wollte ja so gern zu Markt,“ begann der Küster. „Um, ja!“ „Und so kamen wir denn hierher. Wir fuhrten mit dem Schulzen zusammen.“ „So!“ Schweigen. „Du hast wohl augenblicklich viel zu thun, Manuel?“ begann der Onkel von neuem. „Man muß ja das tägliche Brot verdienen!“ „Ja—a! — Besuchst Du uns nicht einmal am Sonntag?“ Wulfdine senkte den Blick und verank in den Fußboden. „Der Sommer ist jetzt ja bald vorüber, Onkel Jakob.“ „Um, das ist er ja — — Aber Du weißt doch, daß Du uns jederzeit willkommen bist!“

„Ja—a, danke, das weiß man — —“ Manuel ging rastlos im Zimmer auf und nieder. Und seine Verwandten betrachteten ihn mit scheuen Seitenblicken, denn Mutter Karen hatte ihnen, als sie allein waren, ihr Herz ausgeschüttet. „Wir haben auch eine halbe Tonne Kartoffeln mitgebracht,“ versuchte der alte Jakob zum drittenmal. — „Ich habe sie drüber in den Schuppen hineingefegt.“ „Danke,“ nickte Thomsen und klärte ein wenig auf. — „Die wachsen hier in der Stadt ja auch nicht auf den Straßen!“ „Nein, natürlich nicht! Aber den Saft möchte ich gern wieder mit haben. Du kannst die Kartoffeln wohl ausschütten.“ „Das will ich thun. Hast Du Mortensen da drüber gesehen?“ „Ja—a!“ „Er ist recht jämmerlich!“ „Er ist ja schon alt!“ „Glaubst Du, daß er es diesen Winter noch macht?“ „Du solltest ihn gewiß in die Wärme hineinnehmen.“ „Wenn er mir nun stirbe!“ Manuel blieb plötzlich stehen und starrte den Onkel wild an. „Er hält sich wohl, Manuel!“ „Wenn er stirbe, wäre das Ganze vorbei!“ „Ach nein, nein!“ Wulfdine hatte ihren Kasten mit allen seinen Nuscheln über den Anblick des Betters gänzlich vergessen. Ihre Augen waren bekümmert, — demütig. Und ihre dicken, roten Hände hatte sie unwillkürlich vor sich im Schoß gefaltet. Klein, rundlich und unterseht, wie sie war, glück sie mit ihrem runden Gesicht, ihren kleinen Augen und ihrem blonden Haar Emanuel ganz auf-

preussischen Herrenhauses einen Antrag gegen die bereits geltende preussische Vermögenssteuer angenommen hat. Die Herrenhausmitglieder halten eine Revision des Ergänzungsgesetzes, wenn die Regierung nicht auf die ganze Weitererhebung der Steuer verzichte (!), im Interesse der davon besonders schwer betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe für dringend geboten. Und in demselben Augenblick, da die Junker im preussischen Herrenhause im Interesse der Landwirtschaft eine Revision, ja am liebsten die völlige Aufhebung der Vermögenssteuer fordern, sollten die Junker des sächsischen Herrenhauses dieser „die Landwirtschaft so schwer belastenden“ Steuer zustimmen gesonnen sein? Das glauben wir noch nicht. Man sieht, die Lösung der Steuerreform ist auch in diesem Landtage noch nicht gewiss. Da die Steuer erst im Jahre 1904 in Kraft treten soll, so ist es nicht ausgeschlossen, daß der Landtag die Erledigung der Vermögenssteuer schließlich wiederum verschieben wird. Die Einkommensteuer mit dem 25prozentigen Zuschlag ist ja angenommen, für die laufende Finanzperiode wäre also, da auch die Grundsteuer vorläufig weiter erhoben werden soll, zur Not gesorgt. Aber gespannt darf man doch sein, wie die beiden Kammern sich bei den bevorstehenden Beratungen zu der Vermögenssteuer, der sie im tiefsten Grunde als einer „ungerechten Belastung“ der Vermögenslosen gegenübersehen, stellen werden. Herr v. Wagdorf wird jedenfalls wieder tüchtig nachhelfen müssen, wenn die armen Vermögenslosen die Steuer, die sie nicht tragen können, amnehmen sollen.

Nun aber weiter!

Die Deutepolitik, die unsere Junker und Reichspatrioten nach außen wie nach innen treiben, kennt kein Maß und kein Ziel. Als wir vor einigen Monaten das Gerücht verzeichneten, daß die deutsche Regierung sich mit der Absicht trage, zur Brotwucherpolitik eine abermalige Steigerung ihrer Flottenforderungen zuzugesellen, mochte man vielleicht noch glauben, es handle sich um eine Ausgeburt der Phantasie. Nun ist der Vorwärts in der glücklichen Lage, einen Erlaß veröffentlichen zu können, der nicht nur eine bindende Bestätigung dessen enthält, was man früher kaum zu ahnen wagte, sondern auch auf die unheimlich hinterhältige Art, mit der die Regierung in ihren Forderungen vorwärts rückt, das greifste Schlaglicht wirft.

Aus diesem Erlaß geht hervor, daß die Regierung für die nächsten Jahre eine

neue Flottenvorlage

vorbereitet. Es soll jene

Vermehrung der Auslandsklasse

durchgeführt werden, welche im Jahre 1900 vom Reichstag verweigert worden ist. Ueberdies will die Vorlage das Flottengesetz vom Jahre 1900 in Bezug auf die

Indiensthaltungen der Schiffe

ergänzen.

Der Erlaß, der vom 6. Januar 1902 datiert ist, lautet:

Bei Aufstellung der Berechnungen zum jetzigen Flottengesetz diente als Grundlage für die Gesamtentwicklung der Marine lediglich der Gesichtspunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bau-tempo auf

- 2 Linienfahrzeuge
- 1 großer Kreuzer,
- 3 kleine Kreuzer

festgesetzt.

Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigten organisierten Aufbau der Schlachtklasse, mußte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffbestand entsprechende Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905-1910 so hohe Bedarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs äußerste gefährdet worden wäre.

fallend. Nur waren die Augen sanfter und gutmütiger, und der Mund war größer und die Lippen voller. Sie war ein paar Jahre jünger als ihr Better, mochte neun- undzwanzig oder dreißig zählen. Und seit der Zeit, als sie miteinander im Garten des Mühlenhofes gespielt, hatte sie eine scheue, ängstliche Liebe zu ihm gehegt. Sie fand, daß er der schönste Mann sei, den sie jemals gesehen hatte. Sie verank in den Erdboden, wenn er sie nur ansah; und berührte er sie zufällig einmal, so wurde sie blaß und rot und zitterte wie im Fieber. Wenn sie Erlaubnis erhalten hätte, immer um ihn zu sein, seine Kleider zu flicken, seine Strümpfe zu stopfen, so würde sie hier auf Erden kein größeres Glück verlangt haben. Und Manuel selber hatte diese ihre Gefühle längst entdeckt und gedeckelt. Und er fand sie natürlich und nahm sie hin wie sein Recht. Ob er sie erwiderte, das hatte er sich niemals klar gemacht; er hatte bisher keine Zeit gehabt, sich für Frauen zu interessieren. — — Mutter Karen kam mit dem Kaffee herein.

„Bitte, setzt Euch an den Tisch, Jakob und Wulfbine!“ — „Bitte, Emanuel!“

Man setzte sich um den Kaffeetisch und Madam Thomsen schenkte ein.

„Du hast die alten Theelöffel noch, Schwester Karen,“ sagte der Küster und wog seinen Theelöffel in der Hand.

„Ja,“ sagte Karen, — „man hegt die alten Sachen ja!“

Thomsen und Wulfbine saßen nebeneinander.

„Bitte, nehmt von dem Kaffeebrot!“ Karen war nach wie vor die Gastfreie.

Wulfbine klappte über dem Tisch zusammen und bemächtigte sich eines Stückes. Aber sie war in dem Maße verwirrt durch ihre Nachbarschaft, daß ihre Finger plötzlich steif und lahm wurden. Sie sah eine Weile da und bewegte das Stück Kuchen zwischen den Fingern, als

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage im Winter 1894/95 eine Novelle zum Flottengesetz vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsklasse erstrecken, die beizuführende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten fünf Jahre (1906 bis 1910),
2. einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesamtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906 bis 1910) geben müssen.

Falls im Winter 1904/5 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorliegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906-1910 dem wachsenden Schiffbestand und dem zu beschaffenden Vertruppersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzusehen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben“ seiner Zeit in der Reichstags-Vorlage in Aussicht genommen werden kann, ist eine staatspolitische Frage, deren Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indiensthaltungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Vertruppersonal bis zum Jahre 1910 einschließlich bei normaler Entwicklung möglich ist, und welche Selbstmittel dazu erforderlich sind.

Zu diesem Zwecke ersuche ich, im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Gruppen des Hauses:

1. einen Indiensthaltungsplan nach Maßgabe des 1910 verfügbaren Schiffbestandes und des bis 1910 bereit zu stellenden Vertruppersonal (Kapitel 52),
2. den Gesamtbedarf an Militärpersonal (Kapitel 51) zur Durchführung dieses Indiensthaltungsplanes aufzustellen und mir vorzulegen.

Als Muster für den Indiensthaltungsplan ist der alljährlich für den Etat aufgestellte Indiensthaltungsplan unter namentlicher Aufzählung der einzelnen Schiffe bezw. Angabe des Schiffstyps zu benutzen, damit nach diesem Plan Kapitel 52 berechnet werden kann. Eine Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstbereiten Schiffe liegt bei.

Bei Aufstellung derselben ist angenommen, daß

1. das jetzige Bau-tempo von jährlich 2 Linienfahrzeugen, 1 großen Kreuzer und 3 kleinen Kreuzern auch von 1906-1910 beibehalten wird,
2. Linienfahrzeuge und große Kreuzer 5 Jahre, kleine Kreuzer 4 Jahre, Torpedoboots-Divisionen 3 Jahre nach der Bewilligung ihre Probefahrten beendigt haben und dienstbereit sind.

Bei Aufstellung des Indiensthaltungsplanes ersuche ich im besonderen folgendes zu erwägen:

A. Auslandsklasse.

Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslands-Indiensthaltungen rechnen müssen.

(Folgt ein Tableau und unter B. ein Verzeichnis der heimischen Schlachtklasse.)

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes,
gen. v. Tirpitz.

Es beliebt einer lässlichen Regierung, die Vertretung des deutschen Volkes, den Reichstag, wie ein Kind zu behandeln, das man zum Zahnarzt führt. Man verschweigt, wohin die Fahrt eigentlich gehen soll und in dem Augenblicke, in dem die Zange schon angelegt wird, versichert man noch, es sei bloß, um nachzusehen.

Die Regierung hat im Jahre 1900 „die planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen den möglichst beschleunigten Aufbau der Schlachtklasse“ in den Berechnungen außer acht gelassen, um nicht das Volk und seine Vertreter stutzig zu machen und die Vorlage nicht zu gefährden.

Nun will sie in zwei Jahren abermals vor den Reichstag

verbrennen sie sich daran. Endlich ließ sie es fallen. Und als sie es dann in der Flucht ergreifen wollte, stieß sie in ihrer wahnsinnigen Verlegenheit gegen ihre Tasse, so daß der Kaffee überfloß.

„Über Dine!“ schrie der Küster, — „wie sitzt Du denn da! Tante Karens reines Tisch Tuch!“

Dine schlug die Hände vor das Gesicht und versank in den Fußboden.

„Quäle Dich darüber nicht, liebe Wulfbine!“ sagte Mutter Karen sanft, — „Trinke jetzt Deinen Kaffee!“ Manuel aber saß steif und ärgerlich da.

„Wir kamen an dem Mühlenhof vorüber,“ sagte Jakob Henriksen, um die Aufmerksamkeit von der Tochter abzulenken. — „Der sieht nicht so aus wie zu Cuere Zeit!“

„Cornelius ist ein Schweinigel!“ brauste Emanuel auf.

„Ja, das ist er wohl,“ meinte der Küster. „Denkst Du noch daran, wieder da hinaus zu ziehen, Manuel?“

„Was sollte das wohl nützen!“ entgegnete Karen. Der Sohn sandte ihr einen geschäftigen Blick zu.

„Du redst Unsinn!“ sagte er scharf. Madam Thomsen beugte den Kopf über das Tisch Tuch und sammelte ein paar Krumen auf. Und Wulfbine, die sich ein klein wenig aus ihrem Versteck hervorgewagt hatte, verschwand wieder.

Es herrschte tiefes Schweigen im Zimmer.

Draußen aber ertönte der Jahrmarktslärm. Man hörte die Leierkasten spielen und auf dem Bürgersteig und dem Straßenpflaster trabten unaufhörlich Menschenfüße vorüber. Man sang und lachte und schrie; und plötzlich fing der Leierkastenmann mit den beiden Drosseln gerade vor der Ladenthür zu orgeln an.

(Fortsetzung folgt.)

treten und ihm beweisen, daß er die neue Flottenvorlage bewilligen müsse, weil er die alte bewilligt habe. Eine liebenswürdige, einfühlsvolle Ueberraschung!

Der Reichstag hat im Jahre 1900 die Vermehrung der Auslandsflotte abgelehnt, die vom Jahre 1906 ab erfolgen sollte. Die Regierung giebt das Spiel nicht verloren und will mit einer neuen Vorlage so rechtzeitig an den Reichstag herantreten, daß der Bau noch im Jahre 1906 beginnen kann.

Durch die Veröffentlichung ihres Erlasses hat der Vorwärts freilich der Regierung einen bösen Strich durch die Rechnung gemacht.

Zwischen Plan und Verwirklichung liegt nämlich nur eine Kleinigkeit.

Die Reichstagswahlen.

Nieder mit den Volkswuchern, nieder mit den Reichspatrioten! wird ihre Lösung sein.

Politische Uebersicht.

Sieg in Döbeln-Loßwein!

Der 28. Januar brachte den Brotwuchern die gründlichste Niederlage, die sie bisher erlebt haben. Im ersten Wahlgange schlug der Sozialdemokrat, der Gegner des Brotwuchers, seine beiden Mitbewerber, den konservativ-agrarischen und den national-liberal-agrarischen Kandidaten. Das Stimmenverhältnis ist folgendes:

Grünberg	11781
Dr. Vogel	6119
Sachse	5340

Unser Genosse Grünberg ist also mit einer Mehrheit von 322 Stimmen gewählt worden.

Bei der Wahl im Jahre 1898 wurden abgegeben:

Grünberg	9788
Dr. Lehr (nat.-lib.)	5938
Raumann (konf.)	5406

Zur zweiten Wahlgänge siegte dann der Nationalliberale Lehr mit 11925 Stimmen über unseren Genossen Grünberg, der nur 10681 Stimmen auf sich vereinigte. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt also gegen die Hauptwahl im Jahre 1898 mehr 2033 Stimmen, die beiden bürgerlichen Gegner brachten es zusammen nur auf das winzige Mehr von 75 Stimmen. Fürwahr, ein zerschmetterndes Urteil des Volkes gegen den Brotwucher! Noch glänzender wird der sozialdemokratische Wahlsieg, wenn man die Ziffern der gestrigen Wahl vergleicht mit dem Ergebnis der Stichwahl im Jahre 1898. Danach hätten die bürgerlichen Parteien 2167 Stimmen ein, die Sozialdemokraten gewannen rund 1100 Stimmen.

Was aber diesem Wahlausfall erst den richtigen Wert giebt, das ist der Umstand, daß im 10. sächsischen Wahlkreise zum erstenmal ein Sozialdemokrat gewählt worden ist. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist allmählich von Jahr zu Jahr gewachsen. Mit mathematischer Gewißheit konnte in diesem Wahlkreise über kurz oder lang auf einen Wahlsieg gerechnet werden. Ob uns unter gewöhnlichen Verhältnissen aber bei dieser Wahl bereits der Sieg geworden wäre, ist mehr als zweifelhaft. Werfen wir einen Blick auf die Wahltabelle und die Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmenverhältnisse. Vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1878 stiegen die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen von 1230 auf 5028; bei der Nachwahl im Jahre 1879 sank die Ziffer auf 4344; 1881, bei der ersten Wahl unter dem Sozialistengesetz, wurden gar nur 342 Stimmen gezählt, 1884 aber waren es bereits wieder 2388, 1887 3325, und in den weiteren Jahren gestaltete sich dann die Entwicklung wie folgt:

1890	7340
1893	7818 (+ 460)
1898	9758 (+ 1940)
1902	11781 (+ 2033)

Es ist also bei keiner Wahl eine solche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen gewesen, wie bei der eben vollzogenen Wahl. Die Wahl in Döbeln ist also eine rechte Probewahl auf den Brotwucher, in der die Stimmung der Bevölkerung ihren treffendsten Ausdruck findet.

Der konservativ-kandidat, Sachse, glaubte der Wählererschaft am besten imponieren zu können, wenn er nicht nur für den Brotzoll nach der Regierungsvorlage eintret, sondern eine Erhöhung der Zölle nach den Vorschlägen der Deutschen Tageszeitung und des Bundes der Landwirte auf mindestens 7.50 Mt. forderte. Er blieb dafür bei der Wahl mit 66 Stimmen hinter dem Ergebnis der Wahl im Jahre 1898 zurück. Nicht einmal die Konservativen stimmten für den extremen Brotwucher. Eine Lehre, wie sie für die Wähler nicht deutlicher sein kann!

Der nationalliberale Kandidat, Dr. Vogel, der seiner Zeit dem Dresdener nationalliberalen Reichsverein, der sich gegen die Verschlechterung des Landtagswahlrechts aussprach, vorstand, stellte sich auf den Boden der Regierungsvorlage, wäre aber persönlich auch für höhere Zölle eingetreten. Der nationalliberale Kandidat hätte sicher gewisse Chancen gehabt, wenn er gegen die Erhöhung der Getreidezölle eingetreten wäre. So bedeutet aber das Wahlergebnis auch für ihn eine Niederlage: ganze 141 Stimmen brachte er gegen die Hauptwahl 1898 mehr auf. Für die nationalliberale Partei, die bisherige Inhaberin des Mandats, ist das ein ebenso trauriges wie beschämendes Ergebnis.

Die Reaktions- und Ordnungsmänner glaubten mit der Kaisergeburtstagsfeier am Tage vor der Wahl einen besonderen Trumpf gegen die Feinde der bestehenden Ordnung auszuspielen und dadurch die Mißstimmung der Bevölkerung gegen die Wucherzölle auf das Brot paralytisieren zu können. Aber der Trick zog nicht. Die Gegner des Brotwuchers konnten ja diesen Ordnungsmännern entgegenhalten, daß seiner Zeit, als der Antrag Rantz auftauchte, der Kaiser selbst das Wort vom Brotwucher geprägt hat. Die höheren Getreidezölle aber bedeuten unter Umständen noch höhere Getreidepreise, als sie der Antrag Rantz forderte.

So haben denn die Brotwucherer im 10. sächsischen Kreise, in Sachse und damit im ganzen Reiche eine Antwort erhalten, die ihnen vielleicht ein wenig zu denken geben wird.

Eine besondere Mahnung mag aber der gestrige Wahlausfall an die sächsische Regierung sein. Wenn die Deutsche Tageszeitung recht hatte, so wäre unsere Regierung im Bundesrat für höhere Zölle eingetreten, als sie der Zolltarif vorsteht. Diese Annahme fand gleichsam eine Bestätigung durch die Haltung der Regierung bei der Interpellation der Agrarier im Landtage über die Stellung der sächsischen Regierung zu

den Getreidezöllen. Oestern hat aber das Volk eine deutliche und nicht mißzuverstehende Antwort gegeben. Der Zolltarifvorlage mit ihren Wucherzöllen ist es zu danken, daß heute von 23 Abgeordneten 12 der Sozialdemokratie angehören. Ein Schulden kann ausrechnen, wie die nächsten Wahlen ausfallen würden, wenn der Zollwucher die Lösung bleiben würde. Wie in Sachsen, so würden im ganzen Reich die allgemeinen Wahlen eine noch nie dagewesene Niederlage der Reichsregierung und der Brotwucherparteien bringen. Eine Brotwucherverwahl dürfte vielleicht einen Reichstag bringen, der ein passendes Gegenstück zu dem Reichstags der 87er Wahlen wäre.

Die Regierungen und die Parteien sind gewarnt! Der gegenwärtige Reichstag wird die Zolltarifvorlage nicht verabschieden, ein neuer Reichstag aber dürfte allen Brotwucherausfällen ein Ende machen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 28. Januar. Im Reichstage gelangte heute die Interpellation des Centrums wegen der Aufhebung des Jesuitengesetzes zur Verhandlung. Bekanntlich hat der Reichstag wiederholt Anträge auf Aufhebung dieses Gesetzes angenommen — das letzte Mal am 1. Februar 1899 — ohne daß der Bundesrat seinem Wunsche bisher nachgegeben wäre. Im Jahre 1894 sagte er wenigstens eine direkt verneinende Antwort, diesmal hat er überhaupt noch keine Entscheidung bekannt gegeben. Das darob allmählich ungeduldig gewordene Centrum erkundigte sich nun, ob der Bundesrat zu dem Antrage des Reichstages bereits Stellung genommen habe oder ob diese Stellungnahme noch vor Beendigung der Tagung erfolgen werde. Der Reichskanzler war in der Sitzung nicht erschienen, eine Nichtachtung, die dem Centrum offenbar recht peinlich war.

Die Begründung der Interpellation gab Herr Spahn, der Vater des berühmten Straßburger Professors. Der Centrumsredner suchte so rücksichtslos wie möglich zu sprechen; er bestritt, daß die Interpellation eingebracht worden sei, um die Stellung des Centrums in der Tarifkommission zu verbessern. Wie einst der Kanal, so sollen heute die Jesuiten nichts mit dem Zolltarif zu thun haben. Das Jesuitengesetz nannte Herr Spahn zwecklos und widersinnig.

Graf Posadowsky verlas eine schriftlich figierte Erklärung des Reichskanzlers, die wieder ein hervorragendes Dokument Willowischer Diplomatenkunst darstellt. Es wird mitgeteilt, daß die Reichstagsbeschlüsse noch immer der eingehenden Prüfung der einzelstaatlichen Regierungen unterliegen und daß noch viele und lange Erwägungen notwendig sind. Aber im Laufe dieser Session noch wird so viel Fleiß vom Erfolge gekrönt sein, und der Bundesrat wird sich entscheiden, ob die Jesuiten ins deutsche Reich hineinkommen dürfen oder nicht. Graf Willow sucht in bekannter Weise den Zeitpunkt der Entscheidung hinauszuschieben — wahrscheinlich ist er selbst am meisten gespannt, wie das alles schließlich enden wird.

Die Besprechung der Interpellation zeigte, daß die Stellung der verschiedenen Parteien zur Jesuitenfrage die alte geblieben ist. Der Reichsparteiler Stöckmann erhob ein blühendes „Nein“ von der Regierung, während Abg. v. Staude erklärte, ein Teil seiner Freunde wünsche von § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben zu sehen, wonach Jesuiten, auch wenn sie keine Ordensstätigkeit ausüben, an einen bestimmten Ort innerhalb Deutschlands gebannt und eventl. ausgewiesen werden können. Dasselbe wünscht, wie Abg. Wisnig mitteilte, eine Minderheit der Nationalliberalen. Die beiden freisinnigen Parteien sind einig in der Forderung der Aufhebung des § 2; betreffs des § 1, der principiell jede Ordensstätigkeit der Jesuiten in Deutschland verbietet, sind sie geteilter Meinung. Namens unserer Partei sprach Genosse Wlos für die Aufhebung des ganzen Gesetzes, wie wir denn principiell Gegner jeder Ausnahmengesetzgebung sind. Er meinte scherzend, wenn die Entscheidung des Bundesrats auch noch innerhalb dieser Session fallen sollte, so könne das doch noch ziemlich lange dauern, falls der Zolltarif in der laufenden Tagung erledigt werden sollte.

Nach diesen Erklärungen ging die Debatte auf Einzelheiten über. Das Centrum ließ nach dem frommen Herrn Spahn den spitzeren und schärferen Dr. Wache m sprechen, der denn auch ein hitzigen Opposition zu machen für erzieht hielt. Er fragte nach den Gründen für das Fernbleiben des Reichskanzlers und fand einige nicht hübsche Bemerkungen für das Phonographencabinet, zu dem Graf Willows geniale Staatsmannskunst neulich den Bundesrat degradiert hat. Für die Esfäßer sprach noch Abg. Deffor, der das Jesuitengesetz als den Bruder des Naturparagrafen bezeichnete.

Dem Grafen Posadowsky war es beschieden, die Suppe zu essen, die der Reichskanzler neulich eingebracht hatte. Er suchte in längerer staatsrechtlicher Darlegung die Willowsche Bundesrats-Auffassung zu rechtfertigen. Die Bundesratsmitglieder dürfen nach ihm eigene Ansichten haben — aber sie dürfen nicht danach stimmen. Die reine Automatenhaftigkeit suchte er zu verwässern zu einer solchen, bei der die Stimmmaschine Vernunft haben, aber nicht bewerten darf. In der Sache bleibt es dasselbe. Es ist für unsere Zustände charakteristisch, daß der freisinnige Herr Schrader die Selbstverständlichkeit besonders betonen zu müssen glaubte, jedenfalls sei der Reichskanzler für die Bundesratsbeschlüsse verantwortlich.

Damit schloß die Besprechung, die den bestehenden innerpolitischen Ungewissheiten nur eine neue hinzugefügt hat, und die Debatten um das Ressort des Grafen Posadowsky nahmen ihren Fortgang.

Genosse Stolle brachte nach den Berichten der sächsischen Fabrikinspektoren die übermäßigen Bewilligungen von Ueberstunden und Sonntagsarbeit zur Sprache. Er sprach den Wunsch aus, daß das Reichsamt des Innern sich bessere und eingehendere Informationen über die Verhältnisse der Arbeiter beschaffe, tadelte das Lehrlingswesen im Baugewerbe und brachte eine ganze Anzahl speziell sächsischer antisozialer Verwaltungsmagnahmen vor. Besonders wies unser Genosse hin auf den erschreckenden Umfang der Kinderarbeit in Sachsen. Scharfe Worte des Tadelns widmete er der Unternehmer-Willkür bei der westlicher Weberausperrung vor Weipnachten.

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fißer

ist mit unveränderlichem Gleichmut bereit, seine Regierung zu verteidigen. Er berief sich wieder in alter sächsischer Manier auf den Buchstaben des Gesetzes, leistete sich die findliche Behauptung, „alles, was in Sachsen gut sei, wäre den Sozialdemokraten unangenehm“, sowie die weniger späßhaft zu nehmende Unterstellung, unsere Partei bezeichne die Fabrikinspektoren als die geschworenen Feinde der Arbeiter. Lebhafteste Protestrufe unserer Genossen würdigten den Wert dieser Fischerschen Entdeckung.

Nachdem noch der konservative Mittelstandsretter Pauli allerlei reaktionäre Innungsschmerzen vortragen und der Nationalliberale Dr. Esche eine stärkere Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenusses verlangt hatte, wurde die Debatte vertagt. Am Mittwoch ist Schwerinstag: der Antrag Wassermann betr. die kaufmännischen Schiedsgerichte, der freisinnige Wahlgesetzänderungsantrag sowie der Toleranzantrag des Centrums stehen auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 28. Januar. Im Abgeordnetenhause begann heute die zweite Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung mit einer Art Generaldebatte, die sich an den Titel „Gehalt des Ministers“ knüpfte. Es ist ja ein alter parlamentarischer Brauch, daß bei dieser Gelegenheit über alles und noch etwas gesprochen wird, gleichviel ob das angeschnittene Thema mit dem Gehalt des Ministers etwas zu thun hat. So ertönte denn wieder von allen Seiten das Lied von der Not der Landwirtschaft, der allein durch höhere Zölle geholfen werden könne. Indes ist bei der Beratung des Domänenetats schon genug Stimmung für den Wucherzoll gemacht worden, aber die Herren Volksvertreter glauben in der Propaganda für höhere Zölle nicht genug thun zu können. Zwischen durch kam es zu kleinen Planfeilen zwischen den Agrariern aus den Reihen der Konservativen und dem Centrum, das mandem dieser Heißsporne noch nicht agrarisch genug ist. Abg. Malleswiz (son.), seines Zeichens ein Buchdruckereibesitzer aus Stettin, der in dem pommerischen Junker sein Ideal erblickt, hielt es für angebracht, den Zusammenstoß des Bundes der Landwirte und die rheinischen Centrumskreise zu verteidigen. Der Bund beabsichtige zwar nicht, das Centrum zu bekämpfen, aber solange im Centrum noch Leute seien, die nicht mit ganzem Herzen für die Landwirtschaft eintreten, sei es ganz gut, wenn dann und wann der Bund der Landwirte auch einmal in den Centrumskreisen agitire, um die Landwirte aufzurütteln. Diese Gardinenpredigt ließen sich die Herren vom Centrum natürlich nicht gefallen; stolz erklärte Abg. de Witt (Centr.), daß seine Partei der Unterstützung des Bundes der Landwirte nicht bedürfe.

Für höhere Zölle trat auch der nationalliberale Abgeordnete Wamhoff ein, der dem neuen Landwirtschaftsminister das Vertrauen seiner Partei ausdrückte und an die Regierung das Ersuchen richtete, bezüglich der Zölle eine mittlere Linie einzuhalten, welche auf der einen Seite die Landwirtschaft aus ihrer schwierigen Lage befreie, auf der anderen Seite der Regierung nach wie vor die Möglichkeit gewähren solle, Handelsverträge abzuschließen.

Daneben wurden wieder Klagen über Rentenverluste, denen Minister v. Rodbierski mit dem Rat entgegnet, daß man den ländlichen Arbeitern eigene Häuser verschaffen möge, um sie dadurch von dem Juge in die Stadt abzulockern. Von den zahlreichen Reden des Ministers, der wiederholt in die Debatte eingriff, ist nur seine warme Verteidigung der Grenzperren zu erwähnen. Natürlich liegt es dem Minister fern, damit den Agrariern eine Liebesgabe zuzuführen, für ihn sind nur veterinärpolizeiliche Gründe maßgebend.

Als erweiternder Moment aus der Debatte sei noch hingewiesen auf die Forderung des Abg. Heißig (Centr.), in den landwirtschaftlichen Schulen mehr Gewicht auf den Religionsunterricht zu legen, um dem Vordringen der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Vorher soll der Gesittsetat beraten werden.

Aus dem Soldatenleben.

Aus Flensburg wird uns geschrieben: Vor dem Kriegsgericht der 18. Division hatte sich dieser Tage der Unteroffizier Hans Jold der 2. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 88 wegen fortgesetzter körperlicher Mißhandlung eines Untergebenen während des Dienstes zu verantworten. Der Mißhandelte, Fäßler Martin Clausen, hat in der Nacht vom 1. zum 2. Januar seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht. Er erhängte sich in der Kaserne am Bettposten. Der Angeklagte giebt zu, den Clausen einmal beim Antreten zur ärztlichen Revision geprügelt zu haben. Infolgedessen blutete der Beschlagene aus dem Munde und mußte wegen Unwohlseins abtreten. Diese Mißhandlung ereignete sich im November vorigen Jahres. Eine ganze Anzahl als Zeugen vernommene Kameraden des Verstorbenen schildern diesen als einen willigen, gutmütigen Menschen, der aber ein schlapper, schmutziger Soldat war. Er ist öfter von Jold geschlagen worden. Es wurden 4 bis 6 Hiebe durch eibliche Auslagen von Kameraden des Clausen bestätigt. Zur Charakteristik des Unteroffiziers Jold führte ein Zeuge aus, daß dieser einmal abends als Unteroffizier vom Dienst nach der Stube gekommen sei. Er habe den Mannschaften befohlen aus dem Bette zu steigen und auf die Spinde zu klettern. Dort mußten sie im Hemde Kniebunge und andere militärische Übungen machen. Bei dem Herunterspringen hatte sich Clausen an einem Gewehrgeßel am Fuße verletzt. Auf die Frage des Gerichtsherrn, warum der Zeuge diesen Vorfall nicht damals sofort gemeldet habe, antwortet er, daß es teilweise die Furcht war, welche ihn davon abhielt, da er glaubte, dann selbst schikaniert zu werden. Am Abend vor dem Selbstmord war der Fäßler Clausen angetrunken von einer Patrouille nach der Kaserne gebracht worden. Er hatte einige Tage Arrest zu befürchten. Der Oberstabsarzt Warfelle hatte die Section des Selbstmörders vorgenommen. Im Adergeflecht des Gehirns fanden sich zwei bohnengroße gelbe Säcken, welche geeignet waren, einen wesentlichen Einfluß auf den Gemütszustand auszuüben. Es soll die krankhafte Reigung zur Schwermut vorgelegen haben. Der Sachverständige läme zwischen dem Selbstmord und den Mißhandlungen keinen Zusammenhang finden. Die Halbtrunkenheit und die Furcht vor Strafe müssen bei dieser schwermütigen veranlagten Natur die Ursache der That gewesen sein. Der Vertreter der Anklage hielt die fortgesetzten Mißhandlungen für erwiesen, doch stehe nicht fest, ob der Selbstmord die Folge derselben sei. Sein Antrag ging auf

3 Monate Gefängnis. Auch das Kriegsgericht konnte einen Zusammenhang zwischen dem Selbstmord und den Mißhandlungen nicht finden und beurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Mißhandlung eines Untergebenen im Dienste zu 6 Wochen und 1 Tag Gefängnis. Eine Degradation war nicht beantragt worden. Der Angeklagte bleibt in seinem Unteroffizier-Verhältnis.

Berlin, 28. Januar. Zu dem Toleranzantrage des Centrums brachten die Sozialdemokraten im Reichstage einen Abänderungsantrag ein, wonach die Religionsunterweisung in allen Schulen des deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall kommen soll.

Gegen die Wahl des Landrats v. Alten in Schleswig zum Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Schleswig an Stelle des verstorbenen freikonservativen Abg. Christophersen ist ein Protest ergangen. Er behauptet sehr weitgehende Beeinflussung von Amtsvorstehern, Gemeindevorstehern, Bürgermeistern u. durch den ihnen vorgezählten Landrat zu Gunsten von dessen eigener Wahl, stellt dar, wie der Herr Landrat die einzelnen Wahlmänner besucht, auch Vorteile verspricht für den Fall, daß der Betreffende ihn wähle, mit allgemeinen Versprechungen nicht lacht und unentschieden läßt, welcher Fraktion er sich anschließen wolle. — Es ist das alte Recept!

Stimmungsmache für den Brotwucher zu treiben, hat der Präsident des Reichstags Graf Walckreem auf dem Kaiser-Geburtsstags-Essen der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten für passend gefunden. Nachdem er den Kaiser in der beliebten Weise anbyzantinert hatte — Graf Walckreem ist der Hofkapellmeister des Centrums — führte er aus: „Um den wirtschaftlichen Frieden mit dem Auslande und im Inlande zu erhalten, habe der Bundesrat eine Vorlage gemacht. Aber ebenso wie der auswärtige Frieden nur erhalten werden kann, wenn die Machtmittel des eigenen Staates auf einer ruhigen gebietenden Höhe stehen, ebenso kann der wirtschaftliche Frieden mit dem Auslande nur erhalten werden, wenn die Interessen aller Erwerbszweige im Inlande gleichmäßig gefördert und gleichmäßig erhalten bleiben. Ich glaube, daß die Vorlage, die der Kaiser uns hat machen lassen, diesen Zweck verfolgt und deshalb geeignet sein wird, nach den Beratungen und Aenderungen, die etwa der Reichstag daran vornimmt, den wirtschaftlichen Frieden nach außen und innen zu fördern.“

Den Kaiser als Agitator für die Hochzöllerei auszuspielen, war die schlechteste Geburtstagsgabe, die Graf Walckreem ihm bieten konnte.

Wem nützt der Getreidezoll? Ueber die Höhe der Getreidezölle hat die nationalliberale Partei unter den ländlichen nationalliberalen Vertrauensmännern der Provinz Hannover eine Umfrage veranstaltet. Dabei ist von einer großen Anzahl von Kreisen berichtet worden, daß Brotkorn überwiegend für den eigenen Bedarf gebaut, sehr häufig, namentlich von den kleineren Besitzern, auch zugekauft werden muß. Im Kreise Sulingen ist der Kleinbesitz und zum Teil auch der mittlere Grundbesitz gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Die Vertrauensmänner in Celle berichten, daß die kleinen Leute niedrige Kornpreise wünschen, weil sie zukaufen müssen. Im Kreise Dychow sind die Landwirte im allgemeinen mit ihrer Lage zufrieden. Im Kreise Uchim ist allgemein die gesamte Bevölkerung gegen eine Erhöhung des Preises auf Brotkorn, in noch größerem Maße gegen eine Erhöhung der Futtermittelzölle. In den Kreisen Neuhans und Stade verhält man sich allgemein ablehnend gegen eine Erhöhung des Preises auf Brotkorn und noch mehr auf Futtermittel. Ebenso herrscht im Kreise Leer im allgemeinen eine starke Abneigung gegen Brotkornzölle. Aus dem Kreise Witmund wird berichtet: „Selbst der Führer des Bundes der Landwirte im Kreise, Dr. phil. Wöhlmann-Borghoff, will auf Gerste und Mais keinen höheren Zoll, weil er diese Futtermittel zur Mast seiner Schweine zukaufen muß.“

Das Ergebnis dieser von nationalliberaler Seite geführten Untersuchung ist die schärfste Beurteilung der nationalliberalen Politik.

Der Fall Stietencron hat dem Militärgerichte keine Vorbeeren getragen. Das Bekreiden über seinen Freispruch, das zunächst in der sozialdemokratischen Presse seinen Ausdruck fand, ist nach dem Bekanntwerden des civilgerichtlichen Urteils ziemlich allgemein geworden. Nun erhebt der bedrängten Unschuld in einem Juristen der Frankfurter Zeitung ein Schwannentritter, Stietencron, so führt er aus, habe die Notwehr überschritten; aber er habe es gethan „in einem Zustande von Bestürzung, Furcht und Schrecken.“ Eine in diesem Zustande begangene Ueberschreitung der Notwehr sprach, sondern eine Ueberschreitung der Notwehr schließe die strafrechtliche, nicht die civilrechtliche Haftbarkeit aus. Beide Urteile ständen also zu einander im Verhältnisse der vollsten Harmonie.

Der Jurist der Frankfurter Zeitung beliebt zu übersehen, daß das Urteil des Militärgerichtes nicht von einer „im Zustande der Bestürzung u.“ begangenen und darum strafrechtlichen Ueberschreitung der Notwehr überhaupt nicht anerkennt. Das Urteil ist also unter allen Umständen falsch. Zudem hätte das Zuerkenntnis des Zustandes der Bestürzung, der Furcht und des Schreckens für Stietencron die schlimmste Verurteilung bedeutet. Ein bewaffneter Kriegsmann, der einen freiwillig schaffenden Arbeiter erst provoziert, durch dessen Schaufelgriff aber in Bestürzung, Furcht und Schrecken gerät, müßte sicherlich wegen Feigheit aus dem Offiziercorps ausgestoßen werden. Es ist merkwürdig, daß das Demokratenblatt vom Main zu der Zuschrift seines zweifelhaften Juristen keinen Kommentar fand.

Ein Todesurteil. Der Chinafreiwillige Johann Freihof, der Sohn des Totengräbers aus Queichheim, hat sich, nach der Pfälzischen Presse, in China eines Verbrechens des militärischen Auftrahrs schuldig gemacht und ist zum Tode verurteilt worden. Vollstreckt ist laut Landauer Anzeiger die Strafe noch nicht. Freihof wird vielmehr nach Deutschland gebracht und man glaubt, eine Begnadigung zu Freiheitsstrafe erwarten zu dürfen. Freihof, der seiner Dienstpflicht in Würzburg bei der Artillerie genügt hatte, meldete sich im Sommer 1900, obgleich er bereits dem Verurlaubenstande angehörte, freiwillig zum Chinapreditions-corps und ging mit den Freiwilligen des 5. Feldartillerie-Regiments seinerzeit von Bandau ab.

Stuttgart, 29. Januar. In der gestrigen Kammer Sitzung teilte der Minister v. Soden mit, die finanziellen Ergebnisse der württembergischen Eisenbahnen im Jahre 1901 seien sehr unbefriedigend. Um den veranschlagten Betrag an die Staatskasse abzuführen, müßte der ganze Reservefonds und außerdem weitere Mittel in Anspruch genommen werden.

Hierzu zwei Beilagen,

Metallarbeiter.

Sonnabend den 1. Februar abends 7/9 Uhr Versammlung im Pantheon, Dresdenstr. 20. 1. Aufstellung von Kandidaten zu Generalversammlungsvorstellern der Driftasse. 2. Unsere Stellung zum Leipziger Gewerkschaftsartikel. [766]

Stuckateure.

Sonnabend den 1. Februar abends 8 Uhr

Öffentliche Versammlung im Restaurant Gaudig, Seeburgstraße 84.

Tagesordnung: 1. Unsere Lage und das Verhalten der Firma Grummich am Neubau des Centraltheaters. 2. Neuwahl des Vertrauensmannes. 3. Neuwahl des Agitationskomitees. 4. Gewerkschaftliches. Kollegen! In Berücksichtigung der wichtigen Tagesordnung sorgt für zahlreichen Besuch. [749] Das Agitationskomitee.

Schmiede von Leipzig und Umg.

Sonnabend den 1. Februar 1902

Großes Wintervergnügen

bestehend aus **Konzert und Ball** in sämtlichen Räumen des Felsenkellers, Plagwitz unter Mitwirkung von zwei Kapellen des Leipziger Musikervereins. Am 12 Uhr: Großer Collon-Festzug. Anfang 8 Uhr. Ende: Wenn die Strassenbahn wieder fährt. Programme sind bei allen Komiteemitgliedern, im Felsenkeller und in der Herberge zu haben. [565] Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Gold. Hufeisen u. Altensteiner Höhle

Leipzig, Brühl 11 Feenhaft elektrische Beleuchtung. Heute und folgende Tage **Grosze Kapuziner-Bock-Bier-Feste** [727] Es ladet ergebenst ein **Louis Starke.**

Restaurant zum Waldhof

Lindenau, Tauchnitzstraße 2. Bringe meine freundlichen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Heute und folgende Tage: Anstich des hochföhlen Zwenkauer Bockbieres. [760] Es ladet freundlichst ein **O. Liebscher.** NB. Meine schöne Regeltbahn ist noch einen Tag in der Worte frei.

Westvorstädtische Möbelhallen 105501 **L. Lindennu** Ecke Gundorfstr. und Marlenstr. 28. Denksbar billigste Einkaufsquelle selbst gearbeit. Matratzen, Ottomanen etc. eig. Fabrik.

Aufpolstern Sofas v. 6 Mt. an Matr. „3“ „3“ **Rich. Arnolds Möbelhallen** Leipzig-Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 68.

Stollen-Steuer

seit 16 Jahren bestehend, empfiehlt **Oskar Petzsche, Leipzig** Friedrichstraße 1. [171]

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvogel. Käfige 20 Pfg., Doh. 2-60 Mt., hoch. Sommerkäfig, 5 Pfd. 1.10 Mt., (Str. 19 Mt., alle Sorten v. Vogelkutter, ital. Goldfische 10 Pfg. empf. **Max Kraft, Vöfstr. 18.**

Hiermit offeriere: [764] Sardellen, Ia.-Qual., Pfd. 1.—, 1.60 **Sardinien, Ia.-Qual., Pfd. 1.—, 1.40 **Bratherinas, Ia.-Qual., gr. P., Dose 1.00 **Hieler Sprotten** vorzügl. Qualität, 4-5 Pfd.-Stücke, 90 **Leipziger Fischhalle, Relohstr. Nr. 34.******

Morgen nachm. 3 Uhr Fortsetzung der [768]

Versteigerung

der aus der Konkursmasse **Schützenstrasse 21** stammenden **Veinen, Wollwaren u. Verchied. H. Münz, Kunst.**

Frau Marie Seiffert Leipzig, Kurze Straße 17, II. erteilt Rat in **Frauenleiden.**

Neugebauer, akad. gebild., stant. nicht geprüft. Praktikum b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, beid. u. langj. Erf. **Geschlechtskrankh., b. 28. u. Dr., Malaria, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Arampfaderngeschwüre** etc. mit nachweislich vorzüglichen Erfolgen. **Reichstr. 33 35** Spreeh. 9-2-3, Sonntag, 10-1; u. ausw. briefl.

Albert-Theater, Hotel Stadt Nürnberg.

Dr. Karl Heine-Ensemble. Nur noch 2 Gastspiele. Heute Mittwoch den 29. Januar zum letztenmal: **Die Hoffnung auf Segen.** Schillerdrama in 4 Akten von G. Heijermann jr. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Morgen Donnerstag letztes Gastspiel: **Die sittliche Forderung** und **Angele.** Von Otto Erich Hartleben. [702]

Etablissement Fortuna

Leipzig-Neuschönefeld, Clarastraße 18. Freitag den 31. Januar

Grosser Volks-Maskenball

in sämtlichen festlich decorierten Räumen. Ununterbrochen **Konzert** von zwei Musikchören. Prämierung der 3 schönsten Damen- und 3 schönsten Herren-Masken. Vorverkauf 50 Pfg. In der Kasse 75 Pfg. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Es ladet ergebenst ein [704] **Der Besitzer.**

Altenburger Schlosskeller, Nürnberger

Empfehle meine Gesellschaftszimmer mit Piano, 40 und 80 Personen fassend. [761] **H. Stock.**

Restaurant Turnhalle, Möckern.

Morgen Donnerstag: **Schlachttag.** Wurstverkauf außer dem Hause, so lange der Vorrat reicht. Speisen und Getränke hochfein. Hochachtend **Karl Siebert.** [761]

Photograph Pinkau & Leipzig  **Atelier Gehler** Turnersstr. 11 u. Wochentags Aufnahmen Sonntag von 9-5 Uhr

Billards, neue u. gebrauchte Bälle, Duenes, Tuche u. Leder **A. Immisch, Humboldtstr. 7.** **Vogelfutter** Märek, Samenhandl., Unt., Markt 5.

Das **echte Bockbier** der **Brauerei Sternburg** gelangt am **1. Februar zum Ausstoss.** [758]

Oesterreich-Ungarn.

Der alte Jammer.

Wien, 29. Januar. Nachdem die Verhandlungen des Ministerpräsidenten v. Koerber mit den deutschen Parteiführern...

Großbritannien.

Eine Erklärung Balfours.

London, 28. Januar. Im Unterhause erklärte der erste Lord des Schatzes Balfour, Friedensangebotungen seien von niemand...

Diese Erklärung hat allgemein Sensation hervorgerufen, da sie sofort dahin gedeutet wurde, daß die holländische Regierung...

Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

1. Der Fiskus regalspflichtig. Der Regalherr der Grubenfelder, die der Fiskus im Ruhrrevier erwerben will, ist der Herzog von Arenberg...

Felderschichten im rheinisch-westfälischen Grubenrevier. Aus Bockum wird gemeldet: Die Verhältnisse in der Kohlenindustrie sind sehr klar und werden immer ungünstiger...

Kleine Chronik.

Leipzig, 29. Januar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Donnerstag das Lustspiel Die Wohlthäter...

Freitag gelangt im Neuen Theater die Oper Luise, im Alten Theater Alt-Deibelberg zur Aufführung.

Am Sonnabend wird im Neuen Theater nachmittags 1/3 Uhr für die Leipziger Volksschüler Wilhelm Tell gegeben.

Das Helene-Ensemble (Albert-Theater, Hotel Stadt Nürnberg). Nach dem Erfolge, der die Hoffnung auf Segen in ihren Aufführungen...

Das Winterfest des Chor-Pensionsfonds. Wie alljährlich, so veranstalten auch in diesem Jahre und zwar am Donnerstag den 20. Februar...

Westlicher Theaterbesuch. Aus Berlin wird uns vom 27. Januar geschrieben: Die Lesing-Gesellschaft veranstaltete gestern im Neuen Theater ihre erste Vorstellung.

Betriebsbeschränkung wegen zu hoher Rohmaterialien. Der Betrieb der Strohhocherei in der Papierfabrik von Wiebe u. Söhne...

Sozialpolitisches.

Aufmerksamkeit. Der Reichsanzeiger hat jetzt die Bundesratsverordnung betreffend die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen...

1. In Gast- und in Schankwirtschaften ist jedem Gehilfen und Lehrling über sechs Jahre für die Woche siebenmal eine ununterbrochene Ruhezeit...

Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, in Bade- und anderen Kurorten die Ruhezeit für Gehilfen und Lehrlinge über sechs Jahre...

2. Der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten, welcher auch die Arbeitsbereitschaft und die Ruhepausen umfaßt, darf in den Fällen der Ziffer 1 Abs. 1 höchstens sechs Stunden...

3. Eine Verlängerung der in Ziffer 2 bezeichneten Zeiträume ist für den Betrieb bis zu sechsmal im Jahre zulässig. Dabei kommt jeder Fall in Anrechnung...

4. An Stelle einer der nach Ziffer 1 zu gewährenden ununterbrochenen Ruhezeiten ist den Gehilfen und Lehrlingen mindestens in jeder dritten Woche einmal eine ununterbrochene Ruhezeit...

5. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, welches die Namen der einzelnen Gehilfen und Lehrlinge enthält. In das Verzeichnis ist für jeden einzelnen Gehilfen und Lehrling einzutragen...

6. Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehilfen und Lehrlinge weiblichen Geschlechts...

7. Als Gehilfen und Lehrlinge im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche in Betrieben der Gast- und der Schankwirtschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge...

8. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1902 in Kraft. Bis zum 31. Dezember 1902 ist Ueberarbeit (Ziffer 3) höchstens fünfundvierzigmal zulässig.

Gewerkschaftliches. ac. Der französische Bergarbeiterbund beruft zum 31. Januar seinen Ausschuss zusammen, um über die Situation zu beraten.

Rußland im Jahre 1901.

Unser russischer xxx-Mitarbeiter schreibt uns:

Das verfloßene Jahr bildet unter den letzten zwei Jahrzehnten eine Ausnahme. Es steht in schroffen Gegensatz zu der Epoche der achtziger und neunziger Jahre...

Aber auch der Feind hat nicht geruht. Glig versucht er seine dem Angriff ausgelegten Positionen zu stärken. Am 1. Februar wurde einem der Gehilfen des Ministers...

Die Gesetzgebung stockt fast ganz. Die Arbeiten an dem neuen Civil- und Strafgesetzbuch kommen nicht vom Fleck...

Der Reichsrat erfährt anlässlich seines hundertjährigen Bestehens einige Änderungen in seiner Geschäftsordnung. Im übrigen bleibt er auch weiterhin nur ein vorbereitendes Organ...

Als der einzige lichte Punkt der Gesetzgebung des vorigen Jahres sei das Gesetz vom 15. Mai über die Alters- und Invaliditätspensionen für die Arbeiter der staatlichen Montanindustrie genannt.

Die Fabrikinspektion wurde auf zwei weitere Gouverne-

Neuen Theater ihre erste Vorstellung. Die tote Stadt, eine Tragödie von Gabriel d'Annunzio, ging in Scene.

In Griechenland, in der dunklen Ebene von Argos, in der Nähe der Trümmer des goldenen Mykenes, trägt sich die Handlung zu. Leonardo, der phantastische Archäologe, gräbt hier nach den Schätzen des Altertums.

D'Annunzio ist in diesem Drama offenbar sehr stark von Maeterlinck beeinflusst. Ausdrücke und Bilder, die der Maeterlinck'schen Sprache eigen sind, finden sich in großer Anzahl...

seiner Art nicht vorher vertraut ist, dem wird er von der Bühne herab wenig sagen können. Denn als Theaterstücke haben die Dichtungen d'Annunzios zahllose Mängel.

Die Darstellung — unter der Leitung einer offenbar völlig hilflosen Regie — war mittelmäßig. Nur Rosa Wertens als Anna überragte dieses Niveau.

In der Berliner Secession sind Stetigkeiten ausgebrochen, die möglicherweise zu einer Spaltung führen werden. Die Opposition richtet sich gegen die bisherige Leitung, deren Seele bekanntlich Max Liebermann war.

Nachrichten über diesen Streit, der für das Berliner Kunstleben möglicherweise verhängnisvoll werden kann, sind bis jetzt nicht in die Öffentlichkeit gedrungen.

ments ausgedehnt. Eine Reihe kleinerer Verfügungen des Finanzministeriums veränderten das Verhältnis zwischen Fabrikarbeitern und Unternehmern zu regeln.

Am Schluß wurden bekanntlich einschneidende Reformen versprochen, von denen nur die kleinste Teil verwirklicht werden. Von verschiedenen Universitäten wurde die Regierung um die Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium angegangen, die Petitionen sind aber unbeantwortet geblieben. Charakteristisch ist, daß der vielversprechende neue Kultusminister W a r m o w s k i sein Budget für das Jahr 1902 nur um 3,6 Millionen vergrößert hat (es beträgt für das riesige Reich im ganzen nur 37 Mill.). Die Quote für die eigentliche Volksbildung ist sogar zurückgegangen. Im vorigen Jahre betrug sie 24,2 Prozent des Gesamtetat des betreffenden Ministeriums, für dieses Jahr nur 21 Prozent. Und das jetzt, wo den Semestern durch die Bindung ihres Budgets die Möglichkeit genommen ist, für Volksbildung wie früher zu sorgen!

In wirtschaftlicher Beziehung hat das verfloßene Jahr nur düsteres Andenken hinterlassen. Die Ernteergebnisse waren um 7,7 Prozent kleiner als im Jahre zuvor, obgleich auch dieses nur als mittelmäßiges bezeichnet werden mußte. Besonders schlecht war der Roggen und Hafer geblieben. Nach den neuesten Mitteilungen des centralen statistischen Komitees hatten von den 72 Gouvernements des europäischen und asiatischen Rußlands nur 19 mit einer Bevölkerung von 35 Millionen eine über das Mittlere des letzten Jahres hinausgehende Ernte, in 11 Gouvernements mit 16 Millionen reichte die Ernte nur an den Durchschnitt heran und in 42 Gouvernements mit 70 Mill. gab es eine Fehlernte. Die Aussichten für das nächste Jahr sind ebenfalls keine guten, denn die Aussaat hat sehr gelitten.

Die Industrie zeigte daselbe Gesicht wie im Jahre 1900. Ueberall Niedergang und Stodung. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die das Tempo der russischen Industriewirtschaft anzeigt, ist in verschiedenen Positionen gegenüber 1900, das auch schon ein Krisenjahr war, um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen. Die russischen Industriepapiere sind auf den ausländischen Börsen enorm gefallen. Die Wolga-Witkersch-Aktien fielen von 750 Franken auf 70 Franken, die Ural-Wolga von 725 Franken auf 35 Franken, die sonst sehr gesuchten Brjanskier von 1525 Franken auf 380 Franken u. s. w. Viele französische und belgische Kapitalisten haben ihre in russischen Unternehmungen angelegte Kapitalien einbüßen müssen. Ein Vergleich der Börsenpreise des 15. Oktober 1899 mit dem 15. Oktober 1901 zeigt z. B., daß die Börsenbewertung der Grundkapitalien von 98 französischen und belgischen Unternehmungen in Rußland in den zwei Jahren von 1 316 332 000 Franken auf 536 292 000 Franken gesunken ist, d. h., die Papiere haben 59 Prozent ihres Wertes verloren. Es wird interessant sein zu sehen, wie das ausländische Kapital auf diese schmerzliche Lehre reagieren wird. Sein Rückzug würde für den Absolutismus einen schweren Schlag bedeuten.

Die wirtschaftliche Lage hat bemerkbare Rückwirkung auch auf die Gestaltung der Reichsfinanzen ausgeübt. Die Einnahmen von dem Branntweinmonopol sind hinter dem Voranschlag in den ersten 7 Monaten des Jahres um über 12 Millionen zurückgeblieben und mußten durch eine Erhöhung der Preise gesteigert werden. Die Einnahmen der Eisenbahnen pro Werk sind ebenfalls gesunken. Die Lücken in den Finanzen mußten durch eine Anleihe von 424 Millionen Franken ausgefüllt werden. Der Anschlag für dieses Jahr zeigt, daß die Regierung über den Einfluß der Einnahmen sehr pessimistische Anschauungen hegt. Selbst die legale Presse wagt Andeutungen, daß die Lage höchst traurig ist.

Was das neue Jahr bringen wird, darüber herrschen die verschiedensten Meinungen. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß der größte Teil davon recht wenig Hoffnungsreiche zeigt. Man fürchtet, daß es der Reaktion gelingen könnte, die seitlichen Keime, die das verfloßene Jahr gebracht hat, wieder niederzutreten. Sie macht in dieser Richtung die größten Anstrengungen und neue Zusammenstöße erscheinen als unvermeidlich.

Der Krieg in Südafrika.

Ein britischer Erfolg.

General Bruce-Hamilton hat am 25. Januar einen neuen erfolgreichen Nachmarsch gemacht und ein Lager zwischen Ermelo und Bethel überfallen. Die Buren blieben und wurden mehrere Meilen weit verfolgt. Rote Verluste betragen 2 Tote, 4 Verwundete und 82 Gefangene, darunter Feldtornet DeWiters und der Kapitän DeJaeger von der Staatsartillerie, der auch Mitglied des Ersten Raads war. Sämtliche Vorräte des Lagers wurden erbeutet. Auf britischer Seite wurden ein Offizier schwer und 2 Mann leicht verwundet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Januar.

Die Angelegenheit des Schularztes Dr. Donath wird in der heutigen Stadtverordnetenversammlung abermals zur Sprache kommen, da nunmehr auf den seiner Zeit gestellten Antrag, eine Untersuchung einzuleiten, die Rückführung des Rates vorliegt.

Der Antrag auf Auflösung der Buchdrucker-Zwangseinigung ist am 11. d. M. dem Innungsvorstande überreicht worden. Nach den Innungsstatuten mußte darauf die Innungsverammlung vom Vorstande spätestens 14 Tage nach Eingang des Antrages durch Bekanntmachung in der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker einberufen werden. Da dies nicht geschehen ist, ist bei der Aufsichtsbehörde, dem Rate der Stadt Leipzig, Beschwerde erhoben.

Kaffeeer Treiber-Gesellschaft. Die Verhandlung gegen die Aufsichtsratsmitglieder der Treiber-Gesellschaft beginnt am nächsten Montag den 3. Februar und wird durch die Ergreifung des Direktors Schmidt nicht verschoben.

Verein für Arbeitsnachweis. Während in der männlichen Arbeitsvermittlungsstelle, Reichstraße 3, um jeden freien Arbeitsplatz ein heißes Bemühen seitens der Arbeitnehmer aufgewandt wird, können in der Abteilung für weibliche Arbeiter, Raschmarkt 2, II., viele der gemeldeten offenen Stellen für Mädchen, Hausmädchen u. s. nicht besetzt werden. Das ist ein Zeichen, daß diese bequeme, kostenlose Vermittlungsstelle unter den dienenden Mädchen nicht hinreichend bekannt ist. Da zahlreiche Anmeldungen offener Stellen dort eingehen, so findet jedes ordentliche Mädchen ihren Fähigkeiten und Leistungen gemäß für sofort oder später leicht einen passenden Dienst. Im verflossenen Jahre, seit Eröffnung Mitte Juli, hat der weibliche Arbeitsnachweis, trotz der Neuheit der Einrichtung, doch 898 Dienstmädchen in feste Stellen gebracht.

Bei der Abfassung schriftlicher Lehrverträge wird noch vielfach die Bestimmung der Reichsgewerbeordnung unbeachtet gelassen, wonach jeder Lehrvertrag außer von dem Lehrherrn oder dessen Stellvertreter und dem gesetzlichen Vertreter (Vater oder Mutter oder Vormund) des Lehrlings auch von dem Lehrling selbst unterschrieben werden muß. Nach maßgebenden Entscheidungen ist eine Vertragsurkunde nicht als schriftlicher Lehrvertrag im Sinne der Paragraphen 126 bis 133 der Reichsgewerbeordnung anzusehen, wenn die Unterschrift des Lehrlings fehlt. Auch können sich an einen derartigen Vertrag nicht diejenigen Rechtswirkungen knüpfen, die einen schriftlichen Lehrvertrag zur Voraussetzung haben.

Beim ärztlichen Ehrengerichtshof im Regierungsbezirk Leipzig fungieren als Vorsitzende resp. deren Stellvertreter die nachgenannten Herren. Vorsitz: Bezirksarzt Obermedizinalrat Dr. Siegel in Leipzig, Dr. med. Ferdinand Wöhl in L.-Lindenau, Sanitätsrat Dr. Barth in Lindhardt, (4. Stelle z. B. unbesetzt); Stellvertreter: Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Rindt in Grimma, Dr. med. Sallow in L.-Gohlis, Sanitätsrat Dr. Wöhl in Dahlen, Dr. med. Thierich in Leipzig. In Behinderungsfällen der Vorsitzenden sind die Stellvertreter zu den Sitzungen des Ehrengerichtshofes in der oben angegebenen Reihenfolge einzuberufen. Vorsitzender des Ehrengerichtshofes in den sämtlichen 5 Regierungsbezirken ist der vortragende Rat im Ministerium des Innern Geheimrat Regierungsrat Dr. Rumpelt in Dresden.

Von der Universität. Der außerordentliche Professor für Physik Dr. Oskar Knoblauch wurde zum Professor für technische Physik an der allgemeinen Abteilung der technischen Hochschule zu München ernannt.

Leipziger Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig (Bureau für kostenlose Auskünfte, Stadisches Kaufhaus, Kupfergäßchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 20. bis 26. Januar in den Leipziger Hotels 2822 Fremde angekommen, darunter 2661 Reichsdeutsche, 149 aus anderen europäischen Ländern, und 12 aus außer-europäischen Staaten.

Patentmeldungen deutscher Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 27. März Einspruch erhoben werden. Kl. 20. Eisenbahnbetrieb einschl. für Schilf, pneumatische, Straßen-, Feld-, Gruben-, Hoch-, Untergrund-, Seilbahnen (Waggonbahnen, Kl. 81c), C. 10058. Wehrhager, bei Beschel der Fahrleitung sich selbsttätig einstellender Stromabnehmer für elektrische Bahnen. Dr. M. Corlepus, Dresden, Wehrstr. 39. — Kl. 21. Elektrotechnik. Sch. 16823. Funkenlöschvorrichtung mit einander gegenüberliegenden, divergierenden Leitern. M. Schiemann, Dresden, Trinitatisstr. 54 u. G. Merens, Blasewitz b. Dresden. — Kl. 49. Metallbearbeitung, mechanische (außer Blech-, Nieten- und Drahtbearbeitung und Walzwerke, Kl. 7). M. 20484. Lager für die Fräskorrespondenz u. dergl. Maschinen. Maschinenfabrik Elektrogramme, G. m. b. H., L.-Sellershausen. — Kl. 68. Sattlerei und Wagenbau (außer Eisenbahnwagen, Kl. 20c), Motorwagen und Fahrräder. F. 15502. Durch Zurückhalten der Zugstiere zur Wirkung gelangende Wagenbremse. W. Franz, Dresden, Wittenerbergstr. 55.

Eine kritische Situation. Auf der Delitzscher Straße sprang gestern nachmittags das Pferd eines leichten Wägelchens mit den Vorderbeinen über die heruntergelassene Schranke der Magdeburger Bahn, als die Güterzug nahte. Die Schranke zerbrach, doch entstand kein weiterer Schaden, da der Zug zum Stillstand noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte.

Einem alten Kniff haben sich zwei unbekannte Gauner als Mittel gewählt, um zu Gelde zu gelangen. Sie taufen in Geschäften Kleinigkeiten, wobei sie Goldstücke in Zahlung geben, oder sie bitten um Einwechslung eines solchen. Sobald das herauszugehende Geld aufgezehrt ist, lenken sie die Aufmerksamkeit des Verkäufers auf etwas anderes und streichen im günstigen Moment mit dem Wechselgelde auch das Goldstück ein. Die Betrüger sind etwa 25 Jahre alt, schlank, übermittelgroß, gut gekleidet. Einer trägt Schnurrbart, während der andere bartlos ist.

Selbstmord. Im Revierorte Bauernwiesen der südlichen städtischen Wäldungen wurde gestern nachmittags der Leichnam eines erhängten Mannes aufgefunden. Nach den in den Kleidern des Toten vorgefundenen Papieren ist dieser ein aus Bärenwalde gebürtiger, 43 Jahre alter Bierstammacher, der zuletzt in der Schenkendorfsstraße wohnte. Der Leichnam wurde polizeilich aufgehoben und an die Anatomie abgeliefert.

Retrospektiert worden ist der Leichnam jenes Mannes, der sich vorgestern abend im Revierorte Probstzitz durch Erschießen das Leben nahm. Der Tote ist ein aus Söllchau gebürtiger 35 Jahre alter Marktbesitzer, der zuletzt in der Zweinonnenstraße wohnte und im Witwenstande lebte. Ueber den Beweggrund zu dem Selbstmorde ließ sich nichts Bestimmtes ermitteln.

Feuer entstand gestern vormittag im Waschhause eines Grundstückes der Bernhardsstraße in L.-Langer-Crottendorf durch die Entzündung eines Korbes mit Wäsche, der zu nahe an die Kesselfeuerung gestellt worden war. Der Brand wurde sofort unterdrückt.

Neine Polizeinachtichten. Einbrecher brangen in der Nacht zum 28. d. Mts. in ein Geschäftslokal der inneren Stadt und stahlen daraus einen Geldbetrag von 70 M., worunter sich ein Jubiläumsgeldschein und zwei alte Thaler befanden.

Wegen Diebstahls und Fehlerlei erfolgte die Verhaftung dreier Arbeiter im Alter von 17—22 Jahren und die einer 41 Jahre alten Arbeiterin. Den Arbeitern fallen eine ganze Reihe von

Bodenammer-Einbrüchen zur Last. Die gestohlenen Sachen, haupt sächlich Wäsche, verkauften sie an die mitverhaftete Frau, in deren Besitz eine größere Partie Wäsche vorgefunden wurde. Die Eigentümer der Wäschestücke können sich beim Polizeiamt melden. Im Besitz der Diebe sind auch zwei Schafelle vorgefunden worden, die vermutlich ebenfalls von einem Diebstahle herrühren.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 28. Januar.

Schwerer Einbruchsdiebstahl. Der 20 Jahre alte Handarbeiter Johann Franz Kunski aus Westpreußen war zu Anfang v. J. in der Anstalt zu St. Georg hier. Am 19. März entfernte er sich heimlich abends in seinen Anstaltskleidern, angeblich weil er vom Aufseher wegen zu geringer Arbeitsleistung gescholten worden war, und brach mit einer Baukammer an einem Neubau in der Gößchenstraße den Haspen an der Eingangstür auf. Dort stahl er dann, um sich umkleiden zu können, einen Rock, eine englische Lederhose, eine Kleiderbürste und mehrere Bücher, die in dem Rock steckten. Am 9. Januar d. J. wurde Kunski vom Gericht in Leipzig wegen Verübung von vier Diebstählen zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt. Die dritte Strafammer verurteilte M., der den erwähnten Einbruchsdiebstahl zugiebt, unter Einbeziehung der vom Zeiger Gericht erkannten Strafe zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis und rechnet ihm, weil er geständig war, zwei Wochen der erlittenen Unterzuchungshaft auf die Strafe an.

Der Unterschlagung angeklagt, hat sich vor der dritten Strafammer der aus der Gefangenenanstalt Wridau vorgeführte, frühere Expedient Friedrich Alwin Kröbisch aus Frohburg heute zu verantworten. Er verbüßt gegenwärtig eine ihm vom Landgericht Leipzig am 24. Okt. auferlegte fünfmonatige Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung von Akten. Er war beim Rechtsanwalt Th. hier zuletzt mit einem Monatsgehalt von 100 Mark als Bureauvorsteher angestellt. In der Zeit vom Oktober 1900 bis August 1901 stellte sich in der Kasse, die er zu verwalten hatte, ein Fehlbetrag von 48284 Mark heraus. Er verwahrte die Gelder in einer Stahlkassette auf, zu der nur er und sein Chef Schlüssel besaßen. Ihm lag es ob, alle Eingänge sofort in das Kassabuch einzutragen. Er bestreitet den Fehlbetrag an sich nicht, nur will er das Geld nicht in seinem Interesse verwendet haben, sondern dieses Manco sei entstanden, weil er mit Arbeit überbürdet, der Buchführung nicht die nötige Aufmerksamkeit habe schenken können. Es sind eine Reihe von Eingängen nicht gebucht. Rechtsanwalt Th. sagt als Zeuge aus, daß die Buchführung von K. sehr mangelhaft besorgt wurde; so fehlten auch Eintragungen von Ausgabeposten. Die Ueberlastung mit Arbeit giebt Th. auf Betragen zu. Bei einer Ueberprüfung habe K. auch 50 Mark Ueberfluß gehabt. Daß die ganze fehlende Summe Mancoelder seien, kann der Zeuge nicht angeben. Der Staatsanwalt weist bei der Begründung des Strafantrags darauf hin, daß die Anklage schon von vornherein damit gerechnet habe, daß nicht die ganze Summe als unterschlagen angesehen werden könne. Doch siehe zweifellos fest, daß K. den größten Teil davon in seinem Interesse verwendet habe. Unter Einrechnung der 5 Monate wird K. zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Gewerbegericht.

Tarifdurchbrechung. Der Ofenfeker J. Nagt gegen den Löffelmeister Janaušek auf Zahlung von 24,90 Mark rüchständigen Lohn. Davon sind 16,50 M., die der Kläger laut Tarif für geleistete Arbeit noch zu beanspruchen hat, 4,90 Mark für entgangenen Verdienst, weil er nach seiner Behauptung 7 Stunden wegen Materialmangels nicht weiter arbeiten konnte und 2,80 Mark für noch unerrechnete Arbeit. Die Tarifverletzung wird, nachdem sie noch durch das Gutachten eines Sachverständigen als vorliegend erachtet wird, vom Arbeitgeber nicht bestritten; letzterer behauptet jedoch, daß J. mit der Bezahlung unter den Tarifätzen einverstanden gewesen sei. Daß Materialmangel vorgelegen habe, stellt der als Zeuge erschienene Maurerpolier Reinhard entschieden in Abrede. Der Beklagte wünscht noch gerichtliche festzustellen, ob der Arbeiter berechtigt sei, rüchständigen Lohn aus früheren Lohnzahlungsperioden zu beanspruchen, da, wie ihm bekannt geworden sei, eine Anzahl Arbeiter auch bei anderen Arbeitgeber solche Lohnrechte einfordern wollen. Der Vorliegende weist darauf hin, daß Lohnforderungen einer zweijährigen Verjährungsfrist unterliegen und daß den Arbeitern das Recht nicht bekniffen werden kann, innerhalb dieser Zeit solche Forderungen geltend zu machen. Es kam schließlich zwischen den streitenden Parteien zu einem Vergleich, wonach der Beklagte dem Kläger 17,20 Mark auszahlt.

Für fehlerhafte Arbeit ist der Arbeiter haftbar. Der Buchdruckermeister J. D. Sirschfeld beanprucht von den beiden Maschinenmeistern Durach und P a h e Schadenersatz für fehlerhafte Drucke. Der Sach war bereits abgeleitet, als die Unbrauchbarkeit verschiedener Bogen bemerkt wurde. Dadurch, daß sich vollständig neuer Satz notwendig machte, ist die Ersatzpflicht für jeden der Beklagten auf über 80 Mark bemessen worden. Nachdem sich beide noch 10 Wochen in dem Geschäft thätig gewesen und haben pro Woche 4 Mark zur Deckung des Schadens von ihrem Lohn in Abzug bringen lassen. Pöhllich haben sie aber die Arbeit und damit auch die weiteren Abzahlungen eingestellt, so daß sie noch 42,72 Mark, bezw. 45,19 Mark zu zahlen haben. Die Beklagten führen an, daß ihnen nicht die nötige Zeit zur Verfügung gestanden habe, um die Bogen genau durchzusehen, weiter werde auch hier in anderen Druckereien übliche Zuschuß an Papier, um fehlerhafte Drucke zu erkennen, in diesem Geschäft nicht verabreicht. Durch Bewilligung des Zuschusses wäre der Schaden überhaupt nicht entstanden. Das Gewerbegericht kam zu einer Verurteilung der Beklagten zu der vom Kläger geforderten Summe, weil es die volle Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Beklagten bei ihrer Thätigkeit die einem Maschinenmeister zustehende Pflicht nicht, wie es notwendig war, beachtet hätten. Sie hätten übrigens den Schaden schriftlich und durch die bereits geleisteten Abzahlungen anerkannt.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Eisenbahnstrasse 39-43

Vereine und Versammlungen.

Bauschlösser-Versammlung.

In einer am 21. Januar im Coburger Hof abgehaltenen öffentlichen Bauschlösserverammlung referierte Schriftsteller Genosse Wiesthal über das Thema: Mechanik und Statistik in der Meisen- und Staatenwelt. Man konnte, sofern man den einzigen Verständnis voraussetzenden Ausführungen des Referenten ungeteilte Aufmerksamkeit widmete, denselben seinen vollsten Beifall nicht versagen. Unter Gewerkschaftlichen fand die sich aus der letzten Versammlung herüberziehende Debatte über Aufsichtsbürokratie ihre Fortsetzung dahin, daß man es beim status quo belasse, es jedoch dem Kollegen Reibe anheimstellte, die zureisenden Kollegen unter Hinweis auf die Lage am Orte wieder zur Abreise zu bewegen. Weiter wurde das Verhalten des bei der Firma Franke u. Wahl beschäftigten, seit über zwei Jahren keine Beiträge mehr zahlenden, trotzdem sich bis vor kurzem als gut organisiert aufspielenden Kollegen Weging gebührend gekennzeichnet. Auch habe die betreffende Firma in letzter Zeit Leute in der Zeitung gesucht, anfragende Kollegen jedoch nicht eingestellt. Auch stellte sich noch heraus, daß den in betreffender Werkstatt beschäftigten Kollegen, mit Ausnahme von zwei älteren, keine Prozente für Überstunden mehr gezahlt werden. Mit der Aufforderung, die am 1. Februar im Pantheon stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung gut zu besuchen, fand die Versammlung ihren Schluß.

Eine Versammlung der Maler und Lackierer

tagte am 25. Januar im Bürgergarten. Kollege Martinen erstattete Bericht über die Ortskrankenkasse und führte den Anwesenden, unterstützt durch statistische Unterlagen, ein klares Bild von der zu Ende gehenden Wahlperiode vor. Vom Kollegen Kaufmann wurde der Bericht noch ergänzt durch eine spezielle Zusammenstellung der Fälle und der damit verbundenen Erkrankungen in unseren Berufs im Jahre 1901. Von 81 berücksichtigten Malerbetrieben mit über 90 im laufenden Jahre beschäftigten Personen betraf die Gesamtheit der beschäftigten Personen 8346. Die Anzahl der festgestellten Erkrankungsfälle 311 = 9,20 Prozent. Das Prozentverhältnis der Meiserkrankungen stellt sich aber zur Gesamt-erkrankungsziffer auf 15,48 Prozent. Den für weniger Eingeweihten scheinbar trockenen Zahlen folgte eine ausgiebige Debatte. Es wurde zur Neuwahl geschritten und gewählt: Martinen, Goldig, Kaufmann, Harnisch, Polan und Schertl, als Ersatzleute Gaus, Hoier, Klücker. Den Vertretern wurde anheimgegeben, spezielle Anträge an die Generalversammlung zu stellen betreffs einer Berufsstatistik und der Abhaltung von Vorträgen von Ärzten über Berufskrankheiten. Unter Gewerkschaftlichen wurde Stellung genommen zur Mahregelung des Kollegen Lange; es wird bemerkt, die Unterstützung zugunsten. Nachdem noch speziell auf die in Möbelfabriken beschäftigten Kollegen aufmerksam gemacht, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an jedermann, agitatorisch thätig zu sein, die mäßig besuchte Versammlung.

Eine starkbesuchte Versammlung der Cigarren-Sortierer

tagte am 20. Jan. im Nüßchen Hof mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht des Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes. 4. Anträge und Beschwerden. Da auch der Hauptvorstand aus Hamburg anwesend war, gab dieser zunächst einen allgemeinen Situationsbericht. Kollege Arnhold brachte verschiedene Mißstände zur Sprache. Es wird allgemein über schlechten Versammlungsbesuch geklagt. Bei dieser Gelegenheit betonte Arnhold den Wert der Organisation. Der Zug nach der Großstadt machte sich auch in unserer Branche bemerkbar, obwohl hier die Verhältnisse meist unangünstiger liegen, als in kleineren Städten. Bei der Firma H. Gohle & B. seien arge Mißstände vorhanden, auch würde daselbst sehr oft gewechselt. Es sei daher angebracht, daß sich die auswärtigen Kollegen erst bei unserem Vorsitzenden über die hiesige Lage orientierten, ehe sie hier in Arbeit treten. Man solle auch hier die indifferenten Kollegen zur Organisation bewegen, dann würden auch hier günstigere Verhältnisse Platz greifen. Rummeh gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Sodann erstattete der Kartelldelegierte den Bericht, wobei er hauptsächlich auf die bevorstehende Ortskrankenkassenwahl aufmerksam machte. Als Vertreter wurden gewählt: Fleber, Lungwitz und Schröder; als Stellvertreter Hirsch und Singer. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung nach 12 Uhr.

Im Fortbildungsverein Leipzig-West

fand am 25. Januar der zweite Goethe-Abend statt. Der Referent, Genosse M. Wittich, sprach über Goethes epische, d. h. erzählende Dichtungen. Er trug der Versammlung zwei große Dichtungen Goethes, den Meineke Fuchs und Hermann und Dorothea vor, wobei er nicht ermangelte, Sinn und Inhalt eingehend zu erklären. Den Schluß bildete der Vortrag mehrerer Balladen. Lauflose Stille und allgemeine Aufmerksamkeit der gesamten Zuhörer herrschte während der ganzen Vortragsdauer. Annähernd zweihundert Personen waren im Saale des Bürgergartens zusammengekömmt; mancher hatte wieder umkehren müssen, weil er nicht mehr in den Saal hinein konnte. Unter Beifallsrufen wurde vom Vorsitzenden die vom Vorstande ausgearbeitete Bibliotheksordnung verlesen; sie wurde von der Versammlung anerkannt. Nur erhielt

S 1 auf einen Antrag Müller hin den Zusatz, daß die Bücher auch an gewerkschaftlich organisierte Nichtmitglieder ausgeliehen werden können. Die Bibliotheksordnung soll gedruckt und jedem Buche beigesetzt werden. Der Vorsitzende macht zum Schluß auf den am Sonntag den 2. Februar in der Erholung stattfindenden dritten Goethe-Abend aufmerksam und bittet, denselben durch regen Besuch und Agitation zu einem ebenso gutbesuchten zu machen als die beiden vorhergehenden Goethe-Abende.

Gemeinnütziger Verein Eintrichs.

In der Mittheilungsvorlesung am 25. Januar sprach Genosse Epstein über das Parteiprogramm. Es war dies die Fortsetzung des Vortrags vom Ende vorigen Jahres. Der Referent schilderte die Entwicklung der Gesellschaft von der Urzeit bis zum heutigen Tage, die mit Naturnotwendigkeit zur Spaltung in zwei große Lager, auf der einen Seite die Kapitalisten, auf der anderen die Proletarier, führen muß. Aus diesen Thatsachen erwirkt sich die Ausbaubarkeit des sozialdemokratischen Programms, das sich mit der vollständigen Beseitigung des Privateigentums in gesellschaftliches und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion befaßt. Wegen zu weit vorgeschrittener Zeit wird der übrige Teil des Vortrags, der sich auch mit der Beleuchtung von Bernstein und Kautskys Ansichten befaßt, bis zum 15. März verschoben. Im Verschiedenen teilt der Vorsitzende mit, daß der vom Komitee im Bezirk geplante Kursus über Erste Hilfe bei Unfällen wegen zu schwacher Beteiligung der übrigen Vereine vertagt werden mußte. Genosse Meißmann spricht darüber sein Bedauern, gleichzeitig aber auch die Vermutung aus, daß daran wohl zum größten Teil die Vorstände der Brudervereine im Bezirk die Schuld tragen, indem sie es jedenfalls an der nötigen Agitation und dem guten Willen hätten fehlen lassen. Auf der einen Seite wünscht man in den Mittheilungsvorlesungen größere Leistungen von Seiten des Bundes und hier läßt man es an der Unterstützung fehlen. Hierfür wird Genosse Buch als Vermittler für die Parteigeschäfte mit dem Vertrauensmann des Bezirks bestimmt. Für den 2. und 9. März sind Theateraufführungen vom Leipziger Arbeiterverein, mit der Aufführung des Lustspiels Dr. Klaus geplant; die Mitglieder mögen sich wegen der Billeis in die Kiste einschreiben. Zur nächsten Versammlung am 8. Februar wird Genosse Meißmann über die Obliegenheiten der Generalversammlungsvertreter der Ortskrankenkasse berichten, ferner soll eine Besprechung der Angelegenheiten unserer Turnerabteilung stattfinden; auch der Bericht über die letzte Bundesversammlung wird bis dahin vertagt. Am 22. Februar ist ein Lichtbildvortrag in der Sängerkasse in Aussicht genommen, zu dem um die Genehmigung zur Erhebung eines Eintrittsgeldes von 10 Pfg. für Nichtmitglieder nachgesucht werden soll. Nach einer kurzen Aussprache über die dem Vertrauensmann des Bezirks in der öffentlichen Versammlung in Gohlis gewährte Entschädigung erfolgte 1/2 12 Uhr Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Von Nah und Fern.

Klientel auf einen Eisenbahnzug.

Juda, 28. Januar. Amlich wird gemeldet: Heute nachmittag nach 1/4 4 Uhr wurde zwischen den Stationen Kersell und Bronzell auf den Schnellzug 15 ein Schuß abgegeben. Die Schussrichtung war der Fahrtrichtung entgegengesetzt, so daß die Kugel die vordere und hintere Scheibe des ersterartig vorgebauten Ausganges für den Radmeister durchschloß. Es wurde niemand verletzt. Die Untersuchung ist veranlaßt.

Die Dynamitexplosion in Newyork.

Newyork, 28. Januar. Bei der gestrigen Dynamitexplosion in der 40. Straße sind nach den hiesigen Feststellungen 6 Personen ums Leben gekommen, darunter 3 Gäste des Hotels Murrayhill. 75 Personen wurden schwer und gegen 100 leicht verletzt, darunter viele Besucher und Angestellte des Hotels Murrayhill.

Briefkasten der Redaktion.

Witwe 100. Unter solchen Umständen dürfte Armenunterstützung schwerlich zu erlangen sein. Vielleicht hat ein Besuch an den Rat der Stadt um Unterstützung aus Stiftungsmitteln Erfolg.

Auskunft in Rechtsfragen.

G. S. 105. Jawohl; es muß die sächsische Uebergangsabgabe auf Fleischwaren entrichtet werden.

Theateraufführungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 29. Januar: 28. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun): **Samson und Dalila.**
Oper in 3 Akten von Camille Saint-Saëns.
Text von Ferdinand Lemaire. Deutsch von Richard Pohl.
Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Gorter.
Dalla: Fr. Sengern
Samson: Hr. Urtus

Der Oberpriester des Dagon . . . Hr. Schelper
Abmelch, Satrap von Waga . . . Hr. Wreber
Ein alter Hebräer . . . Hr. Fride
Ein Vize der Philister . . . Hr. Marion
Erster } Philister . . . Hr. Degen
Zweiter } Philister . . . Hr. Senning

Febr. Philister.
Vor kommende Länge arrangiert vom Hofballmeister J. Wolkm.
Im 1. Akt: Tanz der Priesterinnen des Dagon, ausgeführt von Fr. Grub, Fr. Schäffer und den Damen des Corps de Ballet.
Im 3. Akt: Großes Bacchanal, ausgeführt von Fr. Grub, Fr. Schäffer und den Damen des Corps de Ballet.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.
Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Opern-Preise.**
Billetverkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr. Billetvorverkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr an der Tageskasse (mit Ausgeld von 80 Pfg. pro Billet).

Spielplan: Donnerstag: Zum erstenmal wiederholt: Die Wofshäuser. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zulie. Anfang 1/7 Uhr. — Sonnabend: Wilhelm Tell. Anfang 1/8 Uhr. Die Wofshäuser. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch den 29. Januar:

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Regie: Ober-Regisseur Adler.
Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Karlsburg . . . Hr. Pfeffel
Staatsminister von Haug, Excellenz . . . Hr. Borchert
Hofmarschall Freiherr von Bassarge, Excellenz . . . Hr. Körner
Kammerherr Baron von Mehling . . . Hr. Greiner
Kammerherr Baron von Breitenbach . . . Hr. Krause
Dr. phil. Jüttner . . . Hr. Ernst Müllig
Luh, Kammerdiener . . . Hr. Grelle
Deles Graf von Asterberg . . . Hr. Laeger
Karl Wlj . . . Hr. Walter
Kurt Engelbrecht . . . Hr. Heinich
Wansin . . . Hr. Schuffenhauer
Reincke . . . Hr. Böh
von Webell, Sago-Boruffe . . . Hr. Otto
Studenten . . . Hr. Keller, Scholz, Wippel
Räder, Gastwirt . . . Hr. Proft
Frau Räder . . . Hr. Gult
Frau Dörffel, deren Tante . . . Hr. Graichen
Kellermann . . . Hr. Gult
Räthe . . . Hr. Laue
Schölermann, }
Glanz, } Herzogliche Bediente . . . Hr. Schröder
Reuter, } Hr. Wölffhorn
Ein Musikant . . . Hr. Schmitzede
Kammerherren, Offiziere, Studenten, Musikanten, Diener.
Der 1. und 4. Akt spielt im Schloß zu Karlsburg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg. Zwischen dem 3. und 4. Akte ungefahr 2 Jahre.
Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.
Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 1/11 Uhr. **Gew. Preise.**
Billetverkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr. Billetvorverkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr. (Jedes Billet welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 80 Pfg. Ausgeld.)
Spielplan: Donnerstag: Zum erstenmal wiederholt: Jadviga, Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Alt-Heidelberg. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Jadviga. Anfang 1/8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weiktraut mit Schinkenfleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Reis u. Spargel mit Rindfleisch.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

- Fran Dunder, Gohlis, Wilhelmstr. 2, III.
- Frenzel, Lindenau, Gumborfer Str. 19, I.
- Geibel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt.
- Jäger, Connewitz, Leipziger Str. 88, pt.
- Müller, Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 10, IV.
- Remus, Schleußig, Könnertstr. 87, pt.
- Weymann, Lindenau, Bismarckstr. 40, pt.
- Widera, Reußisch, Hauptstr. 20, II.

Arbeiterinnen bringen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an bei:
Fraulein Marie Sedelmeyer
amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeiterinnen der Kreisbaupolizei, Leipzig
Leipzig, Dualstraße 1, I.
Sprechstunden: Sonntags vormittags 11-12 Uhr, Montags abends 6-8 Uhr



Schluss

unseres

[767

Räumungs-Verkaufes Sonnabend den 1. Februar.

Die Preise sind zum Teil nochmals ganz bedeutend herabgesetzt.

Steigerwald & Kaiser.

Reichstag.

128. Sitzung. Dienstag den 28. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten von Klinkowström (kons.) durch Erheben von den Plätzen. Präsident Graf Kallstrem übermittelt den Dank des Kaisers für den Glückwunsch des Reichstags zu seinem Geburtstag. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Gompesch (Centr.) und Genossen, betreffend

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Abg. Dr. Spahn: Seitdem der Bundesrat im Jahre 1894 auf den Beschluß des Reichstags, betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes, abschließend geantwortet hatte, hat er auf wiederholten Reichstagsbeschlüssen keine Antwort gegeben. Mit wirtschaftlichen Fragen hat diese Angelegenheit gar nichts zu thun. Die Ehre und das Ansehen des deutschen Reichstags verlangt eine endliche Antwort des Bundesrats. — Die Jesuiten haben sich auch als Ausgewiesene stets als gefährlicher des Deutschen Reiches gezeigt und auf dem Gebiete der Wissenschaft Hervorragendes geleistet. Das Ausnahmengesetz trifft Leute, die nur die christliche Weltanschauung verteidigen, durch die das deutsche Reich groß geworden ist. Ich hoffe, daß der Bundesrat dem wiederholt gefassten Beschlusse des Reichstags nachkommen wird. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: In Stellvertretung des Herrn Reichskanzlers habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die Anträge, welche den Gegenstand der vorliegenden Interpellation bilden, unterliegen der eingehenden Prüfung der einzelstaatlichen Regierungen. (Nachen im Centrum.) Von katholischer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die ausschließliche Tätigkeit der Predigerorden, insbesondere des Ordens der Gesellschaft Jesu, eine notwendige Forderung für die Befriedigung der konfessionellen Bedürfnisse der Katholiken sei. Andererseits hegen viele Kreise der protestantischen Bevölkerung gegen die Wiedereinführung der Jesuiten die lebhaftesten Bedenken. Diesen Widerspruch der Meinungen wird man auch nicht befeitigen können durch den Hinweis darauf, daß im modernen Staate die verschiedensten ethischen Richtungen im geistigen Kampf ihr Gegengewicht und ihren Ausgleich finden und daß ein solcher Kampf die natürliche Voraussetzung für die sorgfältige Auffrischung des geistigen Lebens einer Nation sei. Trotz der eingehenden Erwägungen ist zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen sich noch in dieser Session zur schwebenden Frage schlichtig machen werden und die Entschlüsse der verbündeten Regierungen werden dem Reichstage demnächst in der bisher üblichen Form mitgeteilt werden.

Auf Antrag des Abg. Rintelen (Centrum) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. Stöckmann (Reichsp.): Wir sind nach wie vor gegen die Zulassung des Jesuitenordens, nicht weil wir Angst haben, sondern weil wir nicht wollen, daß unser Vaterland durch konfessionelle Streitigkeiten vergiftet wird. (Hoch! im Centrum.) Wir hoffen, daß die Entscheidung der Regierung bald und mit einem klaren unabweislichen Nein! fallen wird.

Abg. Bloß (Soz.): Unsere Stellung zur Jesuitenfrage ist die alte. Ich habe also nicht viel zu sagen. Die Ausführungen, die Graf Posadowsky hier in Stellvertretung des Reichskanzlers gemacht hat, deuten nicht darauf hin, daß die Antwort bald erfolgen wird. Denn wenn sie vielleicht auch noch in dieser Session kommt, so dauert diese Session doch sehr lange, bis nämlich der Zolltarif fertig ist. (Heiterkeit.) Wenn wir nun auch durchaus nicht mit dem Interpellanten die Jesuitenfrage als für soziale Erscheinungen halten, so stimmen wir doch mit ihm darin überein, daß die Zulassung der Jesuiten durchaus ungefährlich ist. Wenn es Leute gibt, welche sich vor den Jesuiten fürchten, so geschieht ihnen recht, wenn ihnen von den Jesuiten das Fell über die Ohren gezogen wird. (Heiterkeit.) Herr Spahn hat erklärt, daß die Jesuitenfrage mit dem Zolltarif nichts zu thun habe. Wir wollen das abwarten. Sollte infolge der heutigen Erklärung des Reichskanzlers der Zolltarif nicht zu stande kommen, so würden wir gewiß nichts dagegen haben. Wenn Sie (zum Centrum) das Jesuitengesetz aber befeitigen wollen, so möchte ich Ihnen ein einfaches Mittel angeben. Sie brauchen dabei der Regierung nicht einmal Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die Regierung treibt jetzt Weltpolitik, und braucht dazu eine Flotte, Kolonien, Plätze an der Sonne. Da sie das alles braucht, hat sie auch eine Bewilligungspartei sans phrase nötig, und es ist nicht zu leugnen, daß diese Bewilligungspartei in den letzten Jahren wesentlich vom Centrum gebildet wurde. Ich rate Ihnen nun, daß Sie alle als Mitglieder in den Jesuitenorden eintreten, dann werden Sie sehen, wie schnell die Regierung sich zur Aufhebung des Jesuitengesetzes verhält. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Staudy (kons.): Wir erwarten von der Regierung keine zustimmende Antwort, denn die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Zulassung der Jesuiten eine Gefährdung des konfessionellen Friedens. Ein Teil meiner Freunde will § 2 des Jesuitengesetzes aufheben, ein anderer lehnt auch dieses ab.

Abg. Fikert v. Radzwill (Volk) ist für Aufhebung des Jesuitengesetzes. Die katholische Bevölkerung muß es als eine Kränkung der Kirche ansehen, wenn der Staat darüber bestimmen will, wie die Kirche ihre Souveränität auf ihrem eigenen Gebiete ausüben will. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Wähing (nat.-lib.): Wir sind für Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes, wünschen aber eine klare Haltung der Regierung. Ein Teil meiner Freunde wünscht die Aufhebung des § 2, ein anderer lehnt auch dieses ab.

Abg. Schrader (freis. Vg.): Ein Teil meiner politischen Freunde ist der Anschauung, daß das ganze Jesuitengesetz aufzuheben ist, ein anderer will nur den § 2 aufheben. Vor allem aber wünschen wir, daß bald ein Beschluß des Bundesrats erfolgt, damit das auf mehreren Seiten vorhandene Mißverständnis beseitigt wird.

Abg. Richter (freis. Vp.): Den Ausführungen des Vorredners kann ich mich durchaus anschließen. Die Stellung meiner Freunde zur Sache selbst ist unverändert. Wir sind übereinstimmend der Ansicht, daß § 2 aufzuheben ist, in Bezug auf § 1 sind die Ansichten geteilt.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Die Gründe für das Fernbleiben des Reichskanzlers bei einer so überaus wichtigen Angelegenheit sind uns nicht bekannt gegeben worden. (Sehr wahr! im Centrum.) Da ich nun nicht sagen will, ich kenne die Gründe des Reichskanzlers nicht, aber ich misbillige sie (Heiterkeit), so will ich annehmen, daß der Herr Reichskanzler wirklich Gründe für sein Fernbleiben gehabt hat. (Heiterkeit und sehr gut! im Centrum.) Graf Posadowsky hat uns eine Erklärung verlesen und ist dann wieder verschwunden. Um so mehr freut es mich, daß wenigstens von den übrigen Herren Bundesratsmitgliedern heute eine Anzahl ausfällt. (Staatssekretär Graf Posadowsky tritt den Saal.) Zunächst muß ich konstatieren, daß der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers wieder erschienen ist. (Große Heiterkeit.)

An die übrigen Bundesratsmitglieder richte ich die Frage, ob sie sich wirklich die neue Haltung des Herrn Reichskanzlers über die Stellung der Bundesratsmitglieder gefallen lassen wollen. Eine solche Herabsetzung hat wohl noch kein Bundesrat schweigend ertragen. Seit sechs oder sieben Jahren liegt der Beschluß des Reichstags vor, und bis heute soll sich der Bundesrat noch immer nicht zu einer Entschliebung haben ermannen können? Wenn Sie die Jesuiten nicht zum christlichen Kampf zulassen, fühlen Sie denn nicht, daß Sie sich damit selbst ein Zeugnis der Schwäche ausstellen. (Sehr wahr! im Centrum.) Im Auslande sind die Jesuiten zugelassen, ohne daß sich irgend welche Störungen daraus ergeben haben. Wir verlangen die Aufhebung des Jesuitengesetzes im Interesse des gesamten deutschen Reiches, das nicht ein Reichs-

staat genannt werden kann, so lange ein Teil des Volkes außerhalb der Gesehe steht. (Bravo! im Centrum.) Gerechtigkeit überall, auch für die Jesuiten. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Delfor (K.): Wir Maß-Lotyringer haben besonders wenig Ursache, Freunde einer Ausnahmegerhebung zu sein. Das Jesuitengesetz ist ein Bruder des Diktaturparagrafen. (Sehr wahr! links.) Wir verlangen daher die Aufhebung dieses Ausnahmengesetzes.

Abg. Stöder (wildkons.): Ich bin für die Freiheit beider Richtungen (Bravo!), aber ich muß sagen, die Gehässigkeit beider kirchlichen Richtungen ist leider gleich groß. Mein Ideal liegt in den Anfängen des vorigen Jahrhunderts, wo jede kirchliche Richtung das Gute bei der anderen erkannte. (Bravo!)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich muß der Auffassung des Abgeordneten Bachem in Bezug auf die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats entgegen treten. Was der Herr Reichskanzler seiner Zeit in dieser Beziehung gesagt hat, entspricht durchaus der verfassungsmäßigen Natur dieser Körperschaft. Der Bundesrat ist kein Parlament, kein Oberhaus, sondern die Vertretung der deutschen Fürsten und Staaten. Die Bundesratsmitglieder haben bei Abstimmungen lediglich das Wort abzugeben, das ihnen von ihrer Regierung vorgeschrieben wird. — Weiter ist mir von einem Abgeordneten der Linken vorgeworfen worden, meine Erklärungen, die ich über das staatliche Verhältnis des Reichskanzlers zum Bundesrat abgegeben habe, seien abweisend von meiner Erklärung während der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern. Auch das ist nicht richtig. Die Sache vollzieht sich im Bundesrat berart, daß der Reichskanzler oder auch eine einzelne Regierung einen Antrag beim Bundesrat einbringt. Der Bundesrat prüft diesen Antrag, berät ihn, ändert ihn in vielen Fällen ab. Das Plenum macht sich dann über diese Vorlage der Ausschüsse schlüssig. Der verantwortliche Reichskanzler steht dann vor der Frage, ob er geneigt ist, diesen Beschluß des Bundesrats zu vertreten oder nicht. Eine Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Bundesrat, daß er verlangen solle, seine Vorlage würde unverändert angenommen, ist vollkommen ausgeschlossen. Der Reichskanzler ist auch nicht in der Lage, jeden abändernden Beschluß des Bundesrats gegenüber der Kabinettsfrage zu stellen. Der Fall kann eintreten, obgleich er sehr unwahrscheinlich ist. (Abg. Singer: Sehr unwahrscheinlich. Heiterkeit.) Mit meinen letzten Ausführungen habe ich nur gesagt, daß für die Politik, die im Reiche getrieben wird, nicht ein einzelner Beamter verantwortlich ist, sondern die gesamten verbündeten Regierungen!

In der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abgeordneten Dr. Bachem (Centr.) und Schrader (freis. Vg.).

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Hierauf wird die

Zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

(Lit. Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. Stolle (Soz.): Die Fortschritte unserer Sozialreform sind außerordentlich gering, aber nicht einmal die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter werden eingehalten. Besonders das Ueberstundenwesen hat sich in Sachsen in großem Umfange ausgebildet. Gerade in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit sollten doch alle Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In ihrem Hunger nach Ueberstundenarbeit schrecken die Unternehmer, gestützt auf die Macht des Centralverbandes, vor keiner Gewaltthat zurück. Das haben erst jüngst die Meeraner Weber erfahren. So wurden von den dem Centralverband angehörigen Fabrikanten 2000 Arbeiter aus Straßenspitzer gefeßt, weil sich 500 bis 600 Arbeiterinnen geweigert hatten, Ueberstunden zu machen. Dadurch wurden natürlich die kleinen Geschäftseigenen geschädigt. Das ist der Schand der Mittelstandes, von dem Herr Dr. Dertel so schöne Worte zu machen versteht. Der Centralverband kennt keine Gnade. So sollte schon ein Regiment Soldaten herbeigebracht werden, um mit blauen Bohnen den Arbeitern zu beweihehen, daß sie sich zu fügen haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Fabrikant, an dessen Menschlichkeit die Arbeiter appellierten, erklärte offen: Ich bin durch eine Konventionalstrafe von 1000 Mk. gebunden. Ein solches Vorgehen der Unternehmer ist geradezu gemeingefährlich. Was von der Ueberarbeit gilt, das gilt auch von der Sonntagsarbeit. So ist im Glauchauer Bezirk die Genehmigung zur Sonntagsarbeit an 42 Sonntagen erteilt worden. Eine Abhilfe kann nur eintreten, wenn das Recht der Genehmigung ausschließlich den Aufsichtsbekanntem erteilt wird.

Hierzu kommen noch weitere Beschränkungen der Arbeiter. In vier Orten des Bezirkes Chemnitz ist es den Arbeitern unmöglich gemacht, Versammlungen abzuhalten, ebenso im Glauchauer Bezirk; ihre Gewerkschaftsversammlungen werden als öffentliche Versammlungen behandelt.

Ueber mangelhafte Unfallverhütungen berichten die Fabrikinspektoren aus Breslau, Elbing und Magdeburg. Der Breslauer und Magdeburger Bericht weisen vor allem auf die zahllosen Betriebsunfälle hin, die auf den Bauten vorkommen. Der Magdeburger Inspektor beklagt sich, daß die unteren Verwaltungsbehörden sehr mangelhaft über solche Unfälle berichten. Die Berichte zeigen, daß man von einer wirklichen Sozialreform noch nicht sprechen kann. Wenn dem Verlangen der Arbeiter, auch ihre Organisationen zu hören, stattgegeben würde, würde sich ein Bericht, wie ihn der Magdeburger Inspektor gibt, nicht wiederholen brauchen. Vielfach fehlt bei den Bauunternehmern die scharfe polizeiliche Ueberwachung, die die Arbeiter gewöhnt sind. — Der Inhalt der Berichte über die Arbeiterarbeit ist schrecklich. Die Wirtshäuser eines Schuldirektors hat diese Zustände an die Öffentlichkeit gezogen. Da heißt es als Ursache der Leibesarbeit: Eltern tot, Mutter Witwe, Vater arbeitslos etc. — Wenn Sie Ihren Patriotismus beweisen wollen, dann sorgen Sie hier für schleunige Abhilfe im Interesse des Volkes und des Glückes der heranwachsenden Menschheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fikert: Was die Meeraner Arbeitsausperrung betrifft, ist die Vereinbarung der Konventionalstrafe unter den Arbeitgebern eine rein zivilrechtliche Abmachung, in die die Verwaltungsbehörden nichts hineinzureden haben. Die in Sachsen geübte Praxis bezüglich der Ueberstundenarbeit ist eine durchaus gesetzliche. — Wenn in einem Bezirke die Arbeiter kein Versammlungslokal erhalten können, so können dafür nicht die Verwaltungsbehörden, sondern nur die Gasmühle. Im übrigen ist sich meine Regierung der herrschenden Mißstände wohl bewußt und wird gern bereit sein, die Mittel zur Beseitigung dieser Mißstände zu unterstützen. In der Revision der Fabrikbetriebe steht Sachsen an der Spitze und das ist den Sozialdemokraten sehr unangenehm. An dem schlechten Verhältnis zwischen Arbeitern und Gewerbeinspektoren ist nur die Berührung gegen diese von gewisser Seite schuld. Herr Südekum wies darauf hin, daß vielfach Mitglieder von Verwaltungsbehörden im Aufsichtsrat von Bergwerks-Gesellschaften sitzen. Für Sachsen kann das nicht zutreffen, denn hier sind die Bestimmungen sehr streng. Sogar für pensionierte Beamte ruht die Pension, solange sie Remunerationen als Aktionäre beziehen. Wenn Herr Südekum sagt, daß ihm ein höherer sächsischer Regierungsbeamter zugesagt habe, daß auch er Sozialdemokrat werden würde, wenn er unter solchen Umständen zu leiden hätte, so kann ich das erst glauben, wenn er mir den Namen des betreffenden Beamten nennt. (Große Heiterkeit b. d. Soz.)

Abg. Pauli-Potsdam (wildkons.) beschwert sich über die Handhabung des Gesetzes betr. die Bildung von Zwangsstimmungen. Redner wünscht weiter schleunige Regelung der Frage des Beschäftigungsnachweises im Fluggewerbe. Man hat die Hinzuziehungen von Arbeitern gewünscht; ich fürchte, daß dieselben nicht unabhängig urteilen werden.

Abg. Dr. Gise (nat.-lib.) plädiert für eine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus. Von der Regierung ist auf diesem Gebiete noch so gut wie nichts geschehen. Amerika hat seinen Aufschwung namentlich seiner energischen Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes zu verdanken. Wir sollten in dieser Beziehung von den Amerikanern lernen. Die Bekämpfung unserer Armee hängt wesentlich von der Mäßigkeit ihrer Angehörigen ab. Auch haben sich glücklicherweise schon eine große Anzahl abstinenter Arbeitervereine gebildet. Sehr wünschenswert wäre eine Verfügung, die den Fabrikbesitzern vorschreibt, für ihre Arbeiter stets frisches Trinkwasser vorrätig zu halten. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, auch die Regelung dieser Frage in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (1. Antrag Baffermann (nat.-lib.) betr. kaufmännische Schiedsgerichte; 2. Anträge Gröber-Rickert betr. Aenderung des Wahlgesetzes; 3. Toleranzantrag Dr. Lieber (Centr.) 2. Lesung.)

Abg. Schrader (freis. Vg.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die verbündeten Regierungen sich bei der Beratung des zweiten Antrages (Jurist bei den Sozialdemokraten: aller) vertreten lassen möchte. (Bravo.)

51te Sitzung der Zolltariffkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 28. Januar 1902.

„Alles klappt“ doch noch nicht, das lehrte heute eine Geschäftsordnungsdebatte, die sich bei Beginn der Sitzung über die Berichtserstattung hinsichtlich der Petitionen zum drittenmal bereits entspann. Noch immer sind dem Berichterstatter die einschlägigen Petitionen nicht überwiesen worden, und Singer mußte erst dem Vorsitzenden raten, wie er dies bewerkstelligen könne. Der Berichterstatter selbst kann sich rechtsergütigen durch den Hinweis auf seine leeren Hände.

Bemerkenswert ist, daß von dem agrarischen Antrag zur Vorbereitung des Zolltariffs noch mehr Mittelbesitzer abdrücken. Der Nationalliberaler Beumer wiederholte die aus letzter Sitzung gemeldete Erklärung des Centrumsabgeordneten Speck, daß er seine Namensunterzeichnung zurückziehe und den Antrag nicht mehr unterstütze. Als Grund berief er sich auf die Erklärungen der Regierungsvertreter. Könnte denn auch ein Nationalliberaler etwas anderes wollen als die Regierung? Das ist sicher unbedenklich. Still und ohne Abgabe einer Erklärung hat der Centrumsabgeordnete Müller-Gulda nachträglich seine Wiltzilfe zurückgezogen. Dafür hat dem Antrage nun der excentrische Dr. Heim, ebenfalls Centrumsmann, seine bedeutsame Unterstützung angeheben lassen. Mit der Bewilligung dieser Kraft haben die Agrarier den obstruktiv-demagogischen Charakter des Antrags zwar neu aufgedrückt, aber wertvoller ist er deshalb nicht geworden.

In der Beratung trat dieser Charakter des Antrags immer mehr hervor. Wird er nicht zurückgezogen, dann kann leicht die ganze Woche über seiner Besprechung vergehen.

Stadthagen machte sich lustig über die Forderung von Ursprungszeugnissen für ausländische Waren und zeigte an einigen Beispielen, daß die Produktion eine internationale ist. „Ein in Paris angefertigter Knigug ist aus australischer Wolle gesponnen und gewebt, mit Indigo gefärbt, mit Seide gefüllt, die in China gewonnen, in Italien gesponnen, in Deutschland gewebt und appretiert wurde, mit Knöpfen, deren deutsches Metall in Belgien verarbeitet worden ist.“ (Heiterkeit.) Auch bei englischem Plumpverding könne man dessen Ursprung schwer nachweisen etc.

Die Regierung wehrt sich ganz gehörig gegen die ihr von den Agrariern zugebrachte Rolle der zollpolitischen Stänkerlei, sie sühlt die Verantwortung im Falle eines Zollkrieges. Ob sie aber dem agrarischen Ungeheim widerstehen wird, ist noch sehr die Frage.

Hier möchten wir noch der falschen Zeitungsermeldung gedenken, daß der Hochschulgeldner v. Heyl aus der Kommission ausgetreten sei. Heute glaube ich der Herr gegenüber dieser Nachricht um so bemerklicher machen zu müssen, denn er trat scheidlich für den agrarischen Sammelantrag ein. Inbes, auch diese Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Der Vorsitzende teilt den Inhalt einiger Telegramme von Handelskammern aus Straßburg, Mainz, und Petitionen von Mannheim, Berlin, Danzig mit.

Brämel fragt an, ob und wie bezüglich der Petitionen entlich entschieden werden solle.

Speck wünscht, daß diese bei der 2. Beratung erst zur Mitberatung herangezogen werden.

Singer und Fischbeck legen dagegen Verwahrung ein und bitten um sofortige Unterbreitung der Petitionen in 1. Lesung.

Beumer zieht nach den Erklärungen der Regierungsvertreter in letzter Sitzung seinen Namen als Mitunterzeichner des agrarischen Sammelantrags zurück. Er, Redner, könne nun diesen Antrag nicht mehr unterstützen. Redner nimmt seinen früheren Antrag wieder auf. Derselbe lautet: Im § 8 ist dem Absatz 1 hinzuzufügen:

Auch können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, für eingehende ausländische Waren dieselben Bölle angeordnet und dieselben Maßregeln verhängt werden, die in ihrem Ursprungslande für eingehende deutsche Waren derselben oder entsprechender Art bestehen.

Gamp will die Petitionen erst in 2. Lesung beraten; über die Gedruckten solle überhaupt nicht Bericht erstattet werden.

Brämel protestiert dagegen.

Der Vorsitzende giebt dem Berichterstatter anheim, bei Beginn jeder Sitzung zu berichten, welche Petitionen eingegangen seien.

Speck betont, daß ihm noch keine Petitionen zugewiesen seien, außer einer einzigen, die ihm soeben vom Vorsitzenden übergeben sei.

Singer und Stadthagen wünschen bessere Behandlung dieser Angelegenheit event. einen 2. Berichterstatter. Endlich erklärt sich der Vorsitzende auf Anraten Singers bereit, das Bureau auszuweisen, alle für den Zolltarif eingehenden Petitionen dem Berichterstatter zu übergeben.

Dann wird die Debatte über § 8 und die dazu gemeldeten Anträge fortgesetzt.

Bachmide: Gegen den Sammelantrag werden jedenfalls viel Proteste, Petitionen etc. aus dem Reiche und zugehen, denn das Land ist überflutet über die beschäftigte arbeitsstürzende Aenderung. Die Stellung des Bundesrats ist dabei eine eigentümliche. Die Absicht des Antrags Beumer geht über den gegenwärtigen Rechtszustand weit hinaus und der Bundesrat wird auch dadurch gedrängt, den Zollkrieg vorzubereiten. Und es scheint, der Bundesrat läßt sich drängen. Ich hoffe, die Anträge werden zurückgezogen oder abgelehnt.

Graf Rantz: Der Vorredner hat recht, daß gegenwärtige System soll durch den Antrag verhärtet werden. Wir werden von anderen Staaten schifantert, dagegen wollen wir uns kehren. Im Lande will man, daß wir uns aus der gegenwärtigen unlieblichen Situation herausheben und von den Schiffen anderer Staaten befreien sollen. Wir wollen das Prinzip vollster Gegenseitigkeit wahren. Die handelsstatistischen Ausweise Amerikas sind zuverlässiger als die unserigen, sie geben besser Auskunft, wie wir zu Amerika Handelsbeziehungen pflegen. Redner geht auf die Anwendung von Ursprungszeugnissen ein und betont, wie die Amerikaner die deutsche Ausfuhr an ihren Zollabfertigungsstellen befechtigen.

Gehelmatr Bermuth zeigt an, daß er nach seiner Voranzeige eine Ueberzicht über unsere auswärtigen Handelsbeziehungen hinsichtlich der Ursprungszeugnisse verteilen lassen werde. Die bedeutendsten Handelsstaaten haben keine Ursprungszeugnisse, wie sie

hier gefordert werden. Redner bittet dringend, dem Antrag Rantig nicht anzuschließen.

Fischbeck weist an einzelnen Handelsartikeln aus Rußland und Frankreich nach, daß der Antrag nicht gerechtfertigt sei, und die amerikanischen Vorparlamentarier hätten nicht das Gewicht, das ihnen Graf Rantig beilege. Die gewöhnlichen Vorschriften trübten zum Zolltarif.

v. Heyl: Verständigung mit Amerika ist nur zu erzielen durch hohe Zölle und ein Verfahren, wie wir es verlangen. Die Stimmung im Lande ist für eine derartige Verständigung. Die Sozialdemokraten verwerfen ich auf die bezüglichen Neuerungen des Abgeordneten Galtner. Der Handel des Auslandes ist in Deutschland nicht befristet, aber der Handel Deutschlands im Auslande. Wir wollen Handelsverträge mit überseeischen Staaten, da müssen wir uns mit Grundfragen in unserem Sinne darauf einrichten. Dieser Zolltarif befreit wohl keinen Menschen im Lande. (Zurufe: Gut, lehnen wir ihn ab!) Was in der verteilten Uebersicht bezüglich des Weines bestätigt wird, wollen wir auf andere Waren erweitert wissen. Redner giebt noch folgenden Ewentualantrag für Abjag 1 Antrag Rantig bekannt:

Bei der Einfuhr von Waren, welche verschiedenen Zollföhen unterliegen, ist ein Nachweis über den Ursprung derselben zu verlangen, widrigenfalls die Zollabfertigung zum höchsten Zollfuß statifindet.

Stadthagen: Der letzte Redner gab wieder eine andere Begründung des Sammelantrages zum besten. Es scheint, daß Sie sich nicht klar sind über die Bedeutung Ihres Antrags. Nicht nur für zollpflichtige, sondern zollfreie Waren sollen Ursprungsbelege beigebracht werden. Das bekämpfen wir prinzipiell. 1895 verjodet Herr v. Heyl die Handelsfreiheit. Wie es scheint, werien die Antragsteller die Begriffe Ursprung und Herkunft durcheinander. Dänemark baut seinen Reis, aber es kann von dort Reis nach Deutschland verkauft werden. Redner giebt Beispiele, wie es unmöglich ist, bei einzelnen Waren den Ursprung nachzuweisen: Ein Kuchen enthält Mehl aus indischem und argentinischem Weizen, Rosinen aus der Türkei, Citronat aus spanischen Kolonien etc. Je mehr Bladerelen wir verursachen, desto mehr wird man uns zuzügen. Der Bundesrat, der dies ausführen soll, würde zum Schikanerat werden. Deutsche Arbeiter und Konsumenten haben den Schaden, darum lehnen Sie den Antrag ab. Der Ewentualantrag verweist nur die Absicht des Hauptantrags.

Schapssekretär v. Thielmann: Sowohl der Ewentualantrag den jetzigen Rechtszustand beibehalten will, ist nichts dagegen einzuwenden.

Müller-Fulda: Ueber den Ewentualantrag wird man sich erst gründlich aussprechen können, wenn er gedruckt vorliegt. Redner wendet sich auf Grund der Meistbegünstigungsklausel gegen den Antrag Rantig. Darin bin ich einverstanden, daß wir Vorteile beim Abschluß von Handelsverträgen zu erlangen suchen. Stadthagen hat recht, wenn man über den Ursprung Klärung fordern will, kommt man zu undurchführbaren Dingen, nur der Ausweis der Herleitung könnte verlangt werden.

Bundesratsmitglied für die Hansestädte Klügmann schließt sich bezüglich der Ursprungszeugnisse dem letzten Redner an. Redner bezieht sich auf den Bericht der Hamburger Handelskammer, Seite 14, wo auf die Mannigfaltigkeit von Tarifverträgen hingewiesen wird bei Einführung von Ursprungszeugnissen. Die Manipulationen bei der Zollabfertigung in Amerika werden als veratorisch bezeichnet. Nun sollen wir sie nachahmen. In der Besetzung darf so etwas nicht einreichen, das würde eine Besetzung ab irato sein. Geheimrat Wermuth weist dem Abg. Müller aus dem Geset über die Statistik des Warenverkehrs vom 20. Juli 1879 nach, daß seine Wünsche längst berücksichtigt seien.

Camp tritt für den Antrag Rantig ein. Der Bundesrat sei seiner Zeit bezüglich des rumänischen Getreides der gleichen Ansicht gewesen. Wenn die Kommission nicht den Antrag annehme, werde er im Plenum weitere Behandlung erfordern.

Schapssekretär v. Thielmann: Es ist richtig, was der Abg. Müller-Fulda sagt, auf handschriftlich eingegangene Anträge können wir nicht sofort reagieren, wir müssen warten, bis sie gedruckt vorliegen.

Handelsminister Müller schließt sich dem an und erklärt, im Sinne des Abs. 4 könne noch eher verfahren werden, dieser spreche seinen Zwang aus.

Bromel: Wir debattieren über einen Antrag, der uns nicht gedruckt vorliegt. Die Differenz über die Auffassung des Antrags ist festgesetzt, ich bitte die Beratung zu vertagen, bis der Antrag gedruckt vorliegt.

Die Vertagung wird beschloffen. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 28. Januar.

32. Sitzung der Zweiten Kammer.

Beginn vormittags 10¹/₂ Uhr. Petitionen. Der vormalige Stationsgehilfe Karl Hermann Döring in Leipzig-Reustadt bittet um eine Wiedereinstellung in den sächsischen Eisenbahndienst. Nach dem Bericht des Fabrikbesizers Engelmann ist Döring schon früher einmal entlassen gewesen. Der Mittelreferent schreibt, vor seiner ersten Entlassung habe er 3.10 Mk. den Tag erhalten. Dann habe ihn die Generaldirektion in Bittau mit nur 2.20 Mk. angestellt. Da er mit seinen vier Kindern mit diesem Gelde nicht auskommen konnte, habe er sich nach Leipzig II versetzen lassen. Als Feind des Alkohols habe er an dem unmäßigen Bier- und Schnapstrinken seiner Kollegen und Vorgesetzten Anstoß genommen. Als er seinen Unwillen darüber äußerte, wäre er entlassen worden. Er und seine Familie seien durch seine Stellunglosigkeit so herunter, daß die Kinderchen sich vor Schwäche und Hunger kaum auf den Beinen halten könnten. Nach dem Bericht der Regierung ist Döring wegen fortgesetzter ungenügender Leistungen und Unverträglichkeit mit den Kollegen, sowie Unbotmäßigkeit gegen seine Vorgesetzten entlassen worden.

Es wird einstimmig beschloffen, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Die Vereinigung aller sächsischen und thüringischen Kalkproduzenten in Weibahn beschwert sich über die angebotene Anordnung der ausschließlichen Verwendung des böhmischen Kalkes zu Staatsbauten. Der Berichterstatter Abg. Heymann-Großobersdorf bemerkt, bereits im vorigen Jahre wäre eine gleiche Beschwerde an die Kammer gelangt. Man hätte die Eingabe auf sich beruhen lassen und die Erwartung ausgesprochen, daß der Staat von selbst die einheimische Industrie bevorzugen würde. Der Deputation hätte die Regierung eröffnet, daß sie keine Vorschriften über die Herkunft des Kalkes erlassen habe. Eine Umfrage hätte ergeben, daß böhmischer Kalk nur bei Kellerbauten in der Nähe der Elbe Verwendung finde, weil er sehr widerstandsfähig gegen Risse sei. Der böhmische Kalk besitze sehr wenig Magnesia und viel Thonerde. Auch würden die Kalkwerke, die übrigens in sächsischen Händen sich befänden, sehr rationell betrieben. Beim Bau des Dresdener Fernheizwerkes habe eine Untersuchung des böhmischen Kalkes stattgefunden. Der gute Befund habe die Erwartungen noch übertroffen. Daß beim Ständehausbau böhmischer Kalk verwendet werde, gehe die Regierung nichts an, weil die dortige Vorkleitung selbständig sei.

Abg. Liebmann-Moschitz klagt über die Bevorzugung der schlesischen Kunstseidenfabriken.

Abg. Waldow teilt mit, daß demnächst ganz neue Dienstvorschriften herauskämen, wonach in erster Linie sächsische und deutsche Lieferanten zu bevorzugen sind. (Bravos!) Ferner würden die Arbeiten in kleinen Losen vergeben werden, um auch die kleinen Gewerbetreibenden zur Konkurrenz zuzulassen.

Abg. Andrä erucht die Regierung, in dem Verzeichnis der sächsischen Kalkwerke neben Tharandt auch seine Heimatgemeinde Braunsdorf zu erwähnen.

Der Beschluß der Kammer geht einstimmig dahin, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Morgen vormittags 10 Uhr 5 Minuten fahren die Landtagsabgeordneten nach Großschweidnitz zur Besichtigung der dortigen Zrennanfallt.

Donnerstag 10 Uhr Schlußberatung der Gesetzentwürfe über die direkten Steuern und die Vermögenssteuer.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Anstärkung unterbreitet das Sächsische Volksblatt seinen Lesern folgendes: „Auf vielfache Anfragen, warum wir die Landtagsangelegenheiten gegenüber früherer Gepflogenheit so stiefmütterlich behandeln, teilen wir mit, daß unserm Ersuchen an das Ständische Archivariat in Dresden, unserm Blatte, gleich anderen zahlreichen Blättern in Sachsen, die Landtagsdruckfachen überlassen zu wollen, nicht entsprochen worden ist. Nur diejenigen Zeitungen sollen sie weiter zu Verfügung gestellt erhalten — so lautet ein Beschluß der Direktoren beider Kammern — denen sie schon bisher überlassen waren. Wichtige Dekrete und Berichte, wie z. B. über Einkommensteuer, Vermögenssteuer etc., können in unserem Blatt also auch fernerehin eingehende Besprechung nicht finden.“

Es wird also mit den Landtagsdruckfachen gegenüber einigen Blättern ebenso verfahren, wie seiner Zeit mit Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Hier konnte, soweit damals die Volkszeitung in Frage kam, erst eine Beschwerde bei der Regierung Abhilfe schaffen. Wir rufen unserm Bruderblatte, ebenfalls den Beschwerbeweg zu betreten.

Das wertvollste Mittel der Saalabtreiberi, das von unseren Gegnern allenthalben noch gegen uns geübt wird, weil sie nicht im stande sind, die Sozialdemokratie geistig zu überwinden, hat sich jetzt an den Kartellparteien in 10. sächsischen Reichstagswahlkreise, wo die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg errungen hat, bitter gerächt. Dort mußten sowohl die Konservativen wie die Nationalliberalen erfahren, daß die Gastwirte auch ihnen vielfach die Säle verweigern. So weigerten sich in Rostwein sämtliche Saalbesitzer, den Nationalliberalen ihre Lokale zu einer Versammlung zu überlassen; nur mit Mühe und Not erhielten sie nach langen Drängen den kleinen Ratskellerjaal. In Marbach bekommen die Nationalliberalen bis zur Stunde keinen Saal, außer sie gehen dorthin, wo die Sozialisten sonst tagen. Die Konservativen mußten im gleichen Orte dem Wirt erst völlige Redefreiheit für alle Parteien zusichern, sonst hätte Herr Sachse seinen Vortrag auf einem Kartoffelacker halten können. In Geringswalde müssen die Konservativen und Nationalliberalen die Gastfreundschaft jenes Wirtes in Anspruch nehmen, bei dem sonst nur der „Umsturz“ verkehrt. In Hartha erhielten die Konservativen nur mit Ach und Krach die Zusage eines Wirtes, der seinen Saal den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung stellt. Unsere Genossen eruchten den Wirt, wenigstens zur Bedingung zu machen, daß Redefreiheit gewährt werde. Der Wirt zog aber aus irgend einem Grunde vor, den Konservativen den Stuhl vor die Thüre zu setzen.

So muß es kommen!

e. Chemnitz, 28. Januar. Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt wurde heute vom hiesigen Kriegsgericht der 23jährige Unteroffizier Gesse vom 10. Infanterieregiment Nr. 134 zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Er war auf der Unteroffizierschule ausgebildet worden und hatte seit April v. J. seine Vorgesetztenstellung seinen Untergebenen gegenüber in der Weise benutzt, daß er sie um Geldbeträge in verschiedener Höhe anborgte. Die Untersuchung hatte sieben Fälle ergeben; zwei Soldaten haben ihr Geld noch nicht zurück. Von einem Rekruten hatte S. die Stiefelkette gestohlen und eine Woche lang täglich benutzt. Da sie der Verleiher nicht wieder erlangen konnte — denn S. hatte der Wahrheit zuwider angegeben, er habe sie beim Schuhmacher — so machte er Anzeige. Diese hatte die Untersuchung und die Anklageerhebung zur Folge. Als der Vertreter der Anklage die Strafanträge gestellt hatte, bat S. weinend, ihn nicht zu degradieren.

Chemnitz, 28. Januar. Ueber die Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei von Chemnitz im Jahre 1901 wurde in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bericht erstattet. Die Jahreseinnahme des Vereins betrug 6342 Mark, die Ausgabe 5321 Mark, so daß ein Kasfenbestand von 1020 Mark zu verzeichnen ist. Der Vorliegende berichtete über eine umfangreiche Thätigkeit, die besonders bei der Protestbewegung gegen den Brotwucher, den Landtagswahlen und den Stadtverordnetenwahlen intensiv war. Von den Parteigenossen sind im vorigen Jahre 173 000 Flugblätter und 74 000 Stimmzettel verbreitet worden. Trotz des schweren wirtschaftlichen Niederganges hat der Kreis die Gelder für seinen Bedarf aufgebracht, an die Centralkasse in Berlin konnte aber vorläufig weiter nichts abgeliefert werden. Unterschriften gegen die Getreidezölle sind ca. 40 000 aufgebracht worden, ohne daß die Unterschriften in Wohnungen eingesammelt wurden. Der Bericht über den Stand der Zeitung lautete sehr günstig. Der Berichterstatter Lorenz führte aus: Die Verfürchtung, durch die Abonnementspreiserhöhung werde die Abonnentenzahl zurückgehen, habe sich erfreulicherweise nicht erfüllt, sondern sie hat sogar, und zwar trotz der Krisis, seit einem Jahre um über 1000 zugenommen, wobei noch zu beachten ist, daß gerade bei unserem Blatte viele Arbeiter ein Exemplar zusammen lesen.

Gelenau, 28. Januar. Letzten Sonntag fand hier eine Parteiversammlung für den 20. sächsischen Reichstagswahlkreis statt, in der der Abgeordnete des Kreises, Gen. Emil Rosenow, über die politische und wirtschaftliche Lage und über die Golddebatte im Reichstage sprach. Der Vortrag und die anschließende Diskussion war eine wichtige Kundgebung gegen den Brotwucher und eine glänzende Einleitung der nächsten Wahlkampagne. Die weitere Tagesordnung behandelte nur Fragen der Organisation und Agitation.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus noch unaufgeklärter Ursache erkrankte sich der Rekrut Böhnel von der 4. Compagnie des 5. Infanterieregiments Nr. 104 in Chemnitz im Wagenschuppen der Kaserne, wo ihn früh in der siebenten Stunde ein Kamerad entseelt aufsand. Der Beobachtere war Dienstinnecht, stammte aus Gainsdorf und war im vorigen Herbst bei der Truppe eingetroffen. — In Bahra bei Riesa legte der 11jährige Sohn eines Gutsbesizers aus Spielerei den Kopf durch eine Schlinge, jedenfalls um das Gefühl des Hängens kennen zu lernen. Er konnte nicht wieder heraus und wäre umgekommen, wenn nicht ein

Mann hinzugekommen wäre und den bereits wie leblos gewesenen Knaben gerettet hätte. — Der 21 Jahre alte Schlosserlehrling Alwin Währ in Rostwein erschloß sich vergangene Nacht in seiner Wohnung in einem Anfall von Schwermut. — In Glanzschwitz bei Oschatz schoß sich der 20jährige Mechaniker Wegner eine Kugel ins Bein, eine zweite durch das Ohr in den Mund und verletzte sich so schwer, daß er in eine Klinik nach Leipzig gebracht werden mußte.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 27. Januar.

r. Maurerverammlung. Eine starkbesuchte Maurerverammlung tagte gestern hier in Stadt Wien. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Hoffmann den Bericht über die Sperren. Redner führte zunächst die Ursachen derselben aus. Die eine betrifft die Baugesellschaft in Wurzen, wo anstatt 42 Pfg. pro Stunde nur 40 Pfg. gezahlt wurde. Die Sperre wird von der Versammlung aufgehoben, zu unterstützen sind 7 Mann mit 15 Kindern. Die zweite Sperre betrifft den Baumeister Döbler in Brandis, der die Wurzenener Kasernenbauten auszuführen hat. Die Organisation hat schon mit Herrn Döbler ein Häußchen zu rufen gehabt. Er bezahlt den Maurern nur 40 Pfg. anstatt 42 Pfg. pro Stunde. Die Abknauerer sind Folgen des Submissionswesens, denn wie Kollege Schneider hervorhebt, beträgt die Differenz zwischen Döbler und seinen Wurzenener Kollegen 17 000 Mk. Im Material kann nichts gespart werden, da die Kontrolle scharf ist. An der Sperre sind 15 Mann beteiligt. Nach einer langen Debatte, an der sich auch wiederholt Kollege Verthoff-Weipzig beteiligt, wird die Sperre einstimmig gutgeheißen. Die Versammlung gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, unter keinen Umständen den Lohn kürzen zu lassen. Zum 2. Punkt, Bericht der Kommission über die zweite Verhandlung mit den Unternehmern, nahm Kollege Wagner das Wort. Die Arbeitgeber verhielten sich danach nicht mehr so hochföhrig und beschloffen mit der Kommission einen neuen Vertrag. Die Arbeitszeit beträgt wieder 10 Stunden; 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit 2 Stunden Pause. Der Lohn beträgt 42 Pfg. pro Stunde für normale Leistungen. Bei Ueberstunden giebt es 5 Pfg. Zuschlag, Sonntags, Nacht- und Wasserarbeit 10 Pfg. Zuschlag pro Stunde. Die Lohnzahlungen erfolgen allwöchentlich Sonnabends. Bezüglich der Vorschriften für Unfälle und Verbunden wird auf die gesetzlichen Bestimmungen verwiesen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Irgebwelche Streitfälle sind binnen vier Tagen beiderseits durch Unterhandlungen zu schlichten. Der Vertrag liegt in den Leutebuden zur Einsicht aus. Die Versammlung nimmt noch einige Abänderungsanträge an und beschließt ferner einstimmig, die Accorarbeit gleich im Vertrag gänzlich zu verbieten. Hierauf acceptiert die Versammlung den neuen Vertrag, der nur für 1902 Geltung hat. Bei der Neuwahl des Vertrauensmannes lehnte der bisherige eine Wahl ab, darauf wurde Kollege Hoffmann gewählt. Beim letzten Punkt der Tagesordnung warnte Kollege Wille die Anwesenden, auf den Scherfischen Blattschwindel hineinzufallen und forderte die Kollegen auf, die Leipziger Volkszeitung zu unterstützen und zu abonnieren. Die Versammlung beauftragte noch das Gewerkschaftsamt, eine Eingabe an die Oberbaudirektion zu richten, daß die Wochensfahrkarten außer auf Leipzig auch auf Nachern, Borsdorf etc. Geltung haben. Bei den jetzigen Zuständen muß eine ganze Anzahl Arbeiter entweder zu Fuß die weite Strecke nach Borsdorf wandern oder der Bahn einen Teil ihres ohnehin geringen Lohnes schenken. Die Maurerorganisation zählte am Schluß des Quartals 192 Mitglieder.

r. Frauenversammlung. Am Donnerstag den 6. Februar findet in Stadt Wien eine Frauenversammlung statt, die sich mit der Bedeutung des Brotwuchers für die Frauen beschäftigt wird. Recht zahlreicher Besuch ist dringend erwünscht; um eifrige Agitation für diese Versammlung werden deshalb die Genossen gebeten.

r. Das alte Bachhaus auf der Bleiche sollte schon längst dem Erbboden gleichgemacht werden. Der Stadtrat hatte beschloffen, auf Gemeindefosten das Haus abzutragen und den 5 Eigentümern die Summe von 100 Mk. zu zahlen. Der Blag gehört der Stadt selbst; da aber die Stadtverordneten die 100 Mk. nicht blechen wollen, so wird das Bachhaus fernerehin der Bleiche noch als Zierbe gehalten — gebadet wird bekanntlich schon jahrelang nicht mehr darin.

g. Halle a. S., 27. Januar. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung nahm heute abend den Bericht des Arbeiterssekretärs Gildenberg über seine Thätigkeit im vorigen Geschäftsjahre entgegen. Das Institut, welches auch im verflossenen Jahre recht segensreich für die Arbeiterthätigkeit gewirkt hat, zählte insgesamt 8330, davon 1244 weibliche Besucher. Schriftsätze wurden 2137 angefertigt, 508 mehr als im Jahre 1900. Unter den Besuchern befanden sich nicht bloß Arbeiter, sondern auch Beamte, Werkmeister und Landwirte; auch ein Rentier, eine Schauspielerin und eine Gebirgsarbeiterin hatten das Institut aufgesucht. Die Auskunftsverteilung erstreckt sich auf ein sehr weitgehendes Gebiet und erfordert eine große Sachkenntnis besonders in sozialpolitischen Dingen. Von jetzt ab wird nur Organisierten und solchen Personen, die keine Gelegenheit hatten, sich zu organisieren, Auskunft erteilt.

h. Gera, 29. Januar. Es besteht die Absicht, den in etwa vier Jahren ablaufenden Staatsvertrag mit dem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, betreffend das gemeinschaftliche Landgericht zu Gera, zu kündigen und aus der Gerichtsgemeinschaft auszutreten, da für das Landgericht genügend Beschäftigung aus dem Fürstentum Reuß j. S. vorhanden ist.

Magdeburg, 27. Januar. Die Volksstimme veröffentlicht den Inhalt einer Postkarte, dessen Adresse „An die städtische Arbeiterkolonie hier“ lautet. Die Karte selbst aber hat folgenden interessanten Inhalt:

Hierdurch teile Ihnen ergebenst mit, daß ich ca. 1/2 Centner grüne Heringe zu lagern habe, welche inzwischen alt geworden sind, und möchte Sie daher höflich bitten, dieselben abholen zu lassen, möglichst morgen Sonnabend mitt, da ich befristete, solche gehen noch zur Verwertung über.

In voraus besten Dank Hochachtung G. P., Fischhandlung.

Die Volksstimme bemerkt dazu: Da die Karte auf der Rückseite den Stempel der Arbeiterkolonie trägt, ist anzunehmen, daß die Dicht vor der Verwertung befindlichen Fische abgeholt worden sind. Es fragt sich nun, was ist aus dem 1/2 Centner grüner Heringe geworden? Haben die Kolonisten vielleicht Veringsjakt davon gemacht, um so auf eine billige Weise zu einer kleinen Extrafestfeier zu kommen? Oder wozu sonst haben die Heringe gedient? Da wir nicht annehmen können, daß von dem derzeitigen Leiter der Anstalt die allwichtigen Fische als Nahrungsmittel verwendet worden sind, so ist eine Aufklärung in dieser Sache notwendig.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei der am 20. Januar stattgefundenen Besprechung der auf Grund der Arbeiterversicherungsgefege gewählten Vertreter (Arbeitnehmer) fehlten unentschuldig: Brauer Grünly, Rürschner Seifert, Schrägler Weinsicht, Fischer Nagel, Wärtner Heine und Lehmann, Plegelarbeiter Lindenhahn. Entschuldigt fehlten: Statuarer Schäfer, Brauer Alf, Straßendahner Weber, Schriftsteller Kreßin, Mechaniker Strede, Binder Eppendorf, Eisendreher Schramm. Der Obmann.